SELBSTWEHR
JÜDISCHES VOLKSBLATT
Einzelnummer Kč 2·–, Abonnement halbjährig Kč 45·– • Redaktion und Verwaltung: Prag I, Dlouhá 41, Telefon 62630
XXX. JAHRGANG • NUMMER 34. • 26. AB 5696 • 14. AUGUST 1936

Zielbewußte Arbeit in Genf

DER JÜDISCHE WELTKONGRESS TAGT = REFERATE UND PRAKTISCHE VORSCHLÄGE

Genf und Jerusalem

Genf und Jerusalem sind die Brennpunkte des jüdischen politischen Geschehens dieser Woche; aber in wie verschiedener Form äußert sich dieses Geschehen in der Schweizer Völkerbundstadt und auf dem heiligen Boden Palästinas! Hier kann man von keiner durchgreifenden Aenderung sprechen. Nachdem es einige Tage schien, daß der arabische Terror abflauen würde, haben die letzten Tage eine neue verschärfte Sabotagetätigkeit der Araber gebracht. Es heißt, daß den Grund dazu das Dementi gegeben habe, welches in London bezüglich der Gerüchte gegen die Einwanderung ausgegeben worden ist. Aber das ist wohl nur der Versuch einer Erklärung, denn die Anarchie der arabischen Banden ist so groß geworden, daß man heute nicht mehr von einem zielbewußten Vorgehen sprechen kann, welches durch Erklärungen oder Dementis aus London ausgelöst wird. Die Unsicherheit bezüglich der Haltung der englischen Regierung besteht weiter. Wohl kann man mehr oder weniger offizielle Aeußerungen registrieren, aber sie tragen alle den Stempel einer gewollten Unklarheit, welche sowohl positiven als auch negativen Vermutungen genügend Spielraum läßt. Während in der vergangenen Woche beängstigend viel die Rede war von einer bald eintretenden Sperre der Einwanderung, scheint man jetzt mit einer neuen Lösung zu kokettieren: Eine sofortige Einstellung der Einwanderung als Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung in Palästina wird abgelehnt — aber ein bis zwei Monate nach der Beendigung der Unruhen werde man die Frage neuerlich erwägen. Im übrigen werde alles vom Urteil der königlichen Kommission abhängen. Sollte sie der Meinung sein, daß eine verringerte Einwanderung der Entwicklung Palästinas „zuträglicher" sei, so werde man sich danach richten. So schreibt ein Blatt, welches über die Vorgänge im Kolonialministerium gewöhnlich gut informiert ist. Eindrucksvoll wird diese labile Haltung der Regierung von dem ehemaligen Kolonialminister Amery bekämpft, der in seinem Brief an die „Times" offen sagt, ein Nachgeben gegenüber den arabischen Ausschreitungen würde das ganze Mandatsystem „über den Haufen werfen". Wenn sich ein so erfahrener Fachmann, wie Amery, zu dieser schwerwiegenden Warnung entschließt, so müssen hinter dem undurchsichtigen Gewirr von Ausflüchten und Lösungsversuchen ernste Gründe stecken. Es scheint wirklich, daß die langjährige Erfolgserie der britischen Kolonialpolitik unterbrochen ist: Indien, Abessinien und jetzt Palästina, wo man nicht den Eindruck haben kann, daß die englische Politik glücklich operiert; denn gegenwärtig sind nicht nur die Juden, sondern auch die Araber unzufrie!den mit der schwankenden englischen Haltung, welche es allen Recht zu machen versucht, freilich ohne Erfolg.

In dieser schweren Zeit wendet man mit besonderer Genugtuung den Blick nach Genf, wo ersichtlich geworden ist, daß der Jüdische Weltkongreß seine große und schwere Aufgabe richtig erfaßt hat und nicht den Fehler machte, seine Ziele in unerreichbaren Fernen zu sehen. Der Weltkongreß soll keine Klagemauer sein, hat Stephan Wise gesagt, aber er soll auch nicht die irrealen Möglichkeiten eines jüdischen oder eines überjüdischen Staates erörtern. Er steht auf dem Boden der Tatsachen; er wird in keine Konkurrenz zum Aufbauwerk der Zionistischen Organisation treten, sondern er wird es unterstützen. Das Endziel ist dasselbe und nur die Wege werden verschiedene sein, aber sie werden nebeneinander laufen. Die praktischen Vorschläge und sachlichen Referate zeigen, daß man in Genf Realpolitik treibt und weiß, daß es heute, zur Zeit des wachsenden Antisemitismus in aller Welt, nur **eine** Möglichkeit sieht, die Situation des Judentums zu verbessern: Die Zusammenfassung aller schöpferisch tätigen Kräfte der Judenheit, welche — wie Wise so schön gesagt hat — „guten Glaubens und guten Willens sind".

J. W.

Im Sitzungssaal der Völkerbundversammlung, im Betiment Electoral von Genf, wurde am Samstag, den 8. August, der Erste Jüdische Weltkongreß in Anwesenheit von 300 Delegierten aus 32 Ländern Europas und der übrigen Weltteile und vielen hunderten Gästen mit einer Ansprache des Präsidenten des Comité des Délégations Juives und des vorbereitenden Komitees für den Jüdischen Weltkongreß, Dr. Stephen S. Wise, eröffnet.

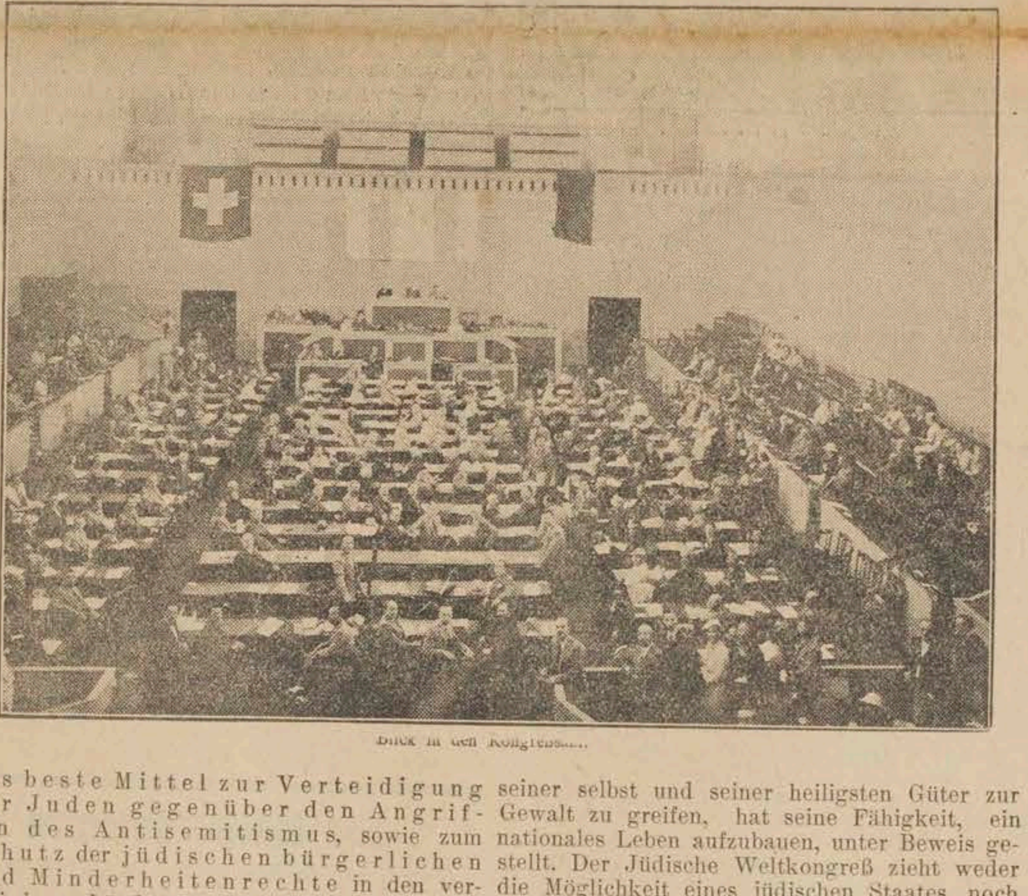
Von Lord Cecil, Paul Boncour, vom schweizerischen Bundesrat Motta, vom Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses des französischen Senats Berenger langten Begrüßungstelegramme ein.

Weitere Grußbotschaften sandten: Der Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency Dr. Chaim Weizmann, der Präsident des Keren Kajemeth Lejisrael und Vorsitzende des zionistischen Aktionskomitees M. M. Ussischkin, der Bürgermeister von Tel Awiw Meir Dizengoff im Namen der gesamten Stadtrepräsentanz; die Zionist Federation of Great Britain and Ireland, William Green im Namen der American Federation of Labour, der repräsentative jüdische Historiker Prof. Simon Dubnow, Lion Feuchtwanger u. a.

„Zum Schutz der Juden"

Stephen Wise über die Aufgaben des Weltkongresses

Dr. Stephen S. Wise legte zu Beginn seiner Ansprache die Grundsätze und Ziele des Kongresses dar und erklärte, der Jüdische Weltkongreß als ständige Institution werde sich als das beste Mittel zur Verteidigung der Juden gegenüber den Angriffen des Antisemitismus, sowie zum Schutz der jüdischen bürgerlichen und Minderheitenrechte in den verschiedenen Ländern erweisen. Weit entfernt davon, dem Zionistenkongreß Konkurrenz zu machen oder die Aufmerksamkeit der Judenheit in der Welt von den jüdischen Bestrebungen in Palästina abzulenken, werde der Weltkongreß im Gegenteil viel zur Lösung der Judenfrage im Sinne des Aufbaus des Jüdischen Nationalheims in Palästina beitragen können. Bis heute hat die europäische und amerikanische Judenheit noch nicht ein Prozent ihres Kapitals für den Aufbau des Jüdischen Nationalheims in Palästina aufgewendet. Auch hierin gemahnt der Jüdische Weltkongreß die Judenheit an ihre Pflicht.



Blick in den Kongreß…

„Der jüdische Weltkongreß wird keine Wunder vollbringen, aber er wird die folgenden Funktionen ausüben:

1. Die Juden der verschiedensten Länder und der verschiedensten Ansichten, die sich auf keinem anderen Felde treffen, hier zusammenzubringen.

2. Die Juden auf einer neuen Ebene zusammenzubringen, — nicht auf einer des Gebens und Nehmens, sondern des Austausches von Meinungen über alle jüdischen Probleme zum Zwecke ihrer Lösung.

3. Die Juden des einen Landes werden sich mit den Problemen und den Erfahrungen der Juden anderer Länder befassen und sich Rat holen.

Es ist zu hoffen, daß die Juden in den Ländern der Sowjetunion nicht immer der brüderlichen Verbindung mit der Weltjudenheit verlustig sein werden, sondern daß **vielleicht schon an dem Zweiten Jüdischen Weltkongreß die Vertreter der Judenheit der Sowjetunion teilnehmen werden**, von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß ihre neue Lebensordnung sie nicht von der Verantwortung befreit, sich teilnehmend mit dem Schicksal ihrer jüdischen Brüder in der ganzen Welt, sei es gut oder böse, zu befassen.

Der jüdische Jischuw in Palästina ist wie nie zuvor auf die Probe gestellt worden, er besteht sie mit grenzenlosem Mut und edelstem Heldentum. Ein Volk, welches trotz schwerster direkter Provokation sich weigert, in Verteidigung seiner selbst und seiner heiligsten Güter zur Gewalt zu greifen, hat seine Fähigkeit, ein nationales Leben aufzubauen, unter Beweis gestellt. Der Jüdische Weltkongreß zieht weder die Möglichkeit eines jüdischen Staates, noch eines jüdischen Ueberstaates in Betracht, auch wird der Kongreß keine Klagemauer sein. Es soll keiner Gruppe furchtsamer oder assimilationssüchtiger Juden gelingen, den Kongreß als den Ausdruck des Willens und der Zielstrebigkeit eines Volkes zu negieren. Bei aller Anerkennung der Aufgabe, die Philanthropie und Philanthropen im jüdischen Leben erfüllt haben, muß gesagt werden, daß das allein nicht genügt. Die zionistische Bewegung stellt die erste Anstrengung dar, jüdisches Leben und jüdische Werte zu verteidigen. Wir wollen in diesem Sinne weiter gehn!"

Dr. Wise wandte sich an diejenigen, die dem Kongreß ferngeblieben sind, weil sie seit den Tagen Theodors Herzls nichts zugelernt haben. Wie wird, sagte er, die Geschichte über diejenigen „guten Juden" urteilen, die auch angesichts einer grenzenlosen Unterdrückung, ökonomischen und politischen Unsicherheit und kulturellen Sterilität es abgelehnt haben, mit ihren jüdischen Brüdern zusammenzukommen. Ueber uns, die wir eine große Verantwortung übernehmen, wird die Geschichte jedenfalls urteilen, daß wir ohne Furcht an eine große Aufgabe herangetreten sind. Wir glauben an unsere Fähigkeit, unser eigenes Volk zum Verständnis seiner Aufgaben zu bringen und an das Gewissen der Menschheit zu appellieren." (Langanhaltender Beifall.)

Nahum Goldmann: Die Lage der Juden in der Welt

Dr. Nahum Goldmann, Bevollmächtigter der Zionistischen Organisation und des Comité des Délégations Juives bei den internationalen Instanzen in Genf, hielt das Referat über die Lage der Juden in der Welt und versuchte, die allgemeinen Grundlinien aufzuzeigen, die die heutige jüdische Situation kennzeichnen. Er führte aus:

Das entscheidende Charakteristikum der jüdischen Lage in den Ländern der Diaspora ist, daß das Judentum nicht Herr seines Schicksals ist. Man hatte nach dem Weltkriege geglaubt, daß es mit einem großen Sprunge möglich sein würde, eine gesicherte Rechtsordnung im Zusammenleben der Völker zu stabilisieren. Die letzten Jahre haben bewiesen, daß dieser Glaube eine Illusion war. Wir stehen heute in der dramatischen Phase einer historischen Auseinandersetzung und wir sind in der ersten Reihe ihre Opfer. Wir sind überall eine schwache Minorität und daher wenden sich die Gewalttendenzen der Zeit in erster Reihe gegen uns. Wo immer das Recht mit Füßen getreten wird, manifestiert sich das Regime der Rechtslosigkeit zunächst an uns. Unsere Lage ist heute ärger als seit Jahrhunderten. Maßlose antisemitische Verhetzung und Boykott-Terror werden in vielen Ländern von den Regierungen geduldet und sogar gefördert. Durch den Wirtschaftsnationalismus unserer Zeit wird der Staat überall zum entscheidenden Faktor des wirtschaftlichen Lebens, und er benutzt seine wirtschaftliche Machtstellung zur Ausschaltung der jüdischen Minorität. So besteht heute in Europa ein Judenproblem, wie es seit vielen Jahrhunderten in diesem Ausmaß nicht existiert hat. Und was das Schlimmste ist: die öffentliche Meinung der Welt, die die einzige Appellationsinstanz ist, wird immer stumpfer. Die Welt ist belastet mit der Sorge wegen kommender Katasprophen und man schämt sich als Jude oft des Appells an die öffentliche Meinung der Welt, wenn man sieht, wie schwach die Reaktion auf den Appell ist.

Das Kernproblem.

Ein Wort über das jüdische Problem in Deutschland: Der Kampf gegen die Judenpolitik des deutschen Nationalsozialismus wird von den Juden weitergekämpft werden müssen, solange diese Politik besteht. Es geht nicht allein um die Rechte der deutschen Juden, denn der Nationalsozialismus hat die Diffamierung des Gesamtjudentums proklamiert, und wo immer in der Welt gegen Juden gehetzt wird, ist die deutsche Propaganda daran beteiligt. Der Irrglaube mancher deutscher Juden, daß die Lösung in der Schaffung eines neuen jüdischen Ghettos in Deutschland bestehen könnte, ist absurd. Juden können nach einem Jahrhundert der Emanzipation gleichberechtigt leben oder als Parias untergehen. Die Rückkehr ins Ghetto ist ihnen nicht mehr gegeben. Deswegen kann es kein Kompromiß mit der nationalsozialistischen Judenpolitik geben, vielmehr muß der Kampf solange weitergehen, bis das deutsche Judentum wieder im vollen Besitze seiner Gleichberechtigung sein wird. Das Judentum kann seine Positionen in den einzelnen Ländern nicht räumen, weil es historisch in sie hineingewachsen ist und das Recht hat, sie zu halten. Der Aufbau Palästinas bedeutet nicht die Preisgabe der Gleichberechtigung, denn ohne ein starkes Galuth-Judentum im Rücken wird auch das jüdische Palästina nicht die Funktionen erfüllen können, um derentwillen es geschaffen wird.

An die Regierung der Sowjet-Union.

Die Judenfrage in Rußland ist eine Konsequenz der allgemeinen Tendenzen des dortigen Regimes. Keine Regierung der Welt ist weniger frei von Antisemitismus als die russische. Nirgends ist die Gleichberechtigung der Juden mit mehr Konsequenz durchgeführt wie dort, und die Regierung hat auch vieles getan, um die jüdischen Massen zu produktivieren. Umso bedauerlicher ist es, daß — infolge früherer historischer Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und nationalen Juden — Zionisten in Rußland verhaftet werden, die hebräische Sprache faktisch in Bann getan ist und russischen Juden — die sich mit diesen Zuständen nicht abfinden können — nicht einmal die Möglichkeit der Auswanderung gegeben ist. Diese Haltung der Sowjet-Regierung ist sinnlos, denn die Tendenzen ihrer allgemeinen Politik bedingen nicht diese Verfolgung des Zionismus und der hebräischen Kultur. Ebenso absurd ist es, daß der Kommunismus in der Welt in dem Kampf des jüdischen Volkes in Palästina Partei gegen uns nimmt. Dadurch zwingt er uns einen Kampf auf, der an sich unnötig ist. Das Judentum der Welt hat keine Stellung zu nehmen zum Kommunismus, wie es keine Stellung zu neh-

men hat zu irgendwelchem anderen Regime, solange es die jüdischen Rechte nicht bestreitet. Warum muß der Kommunismus als solcher in die inneren jüdischen Auseinandersetzungen eingreifen? Es ist zu hoffen, daß die sowjet-russische Regierung diese ihre Haltung in der Judenfrage einer Revison unterziehen wird.

Pessimismus ist schädlich.

Trotz all dem darf das Judentum nicht verzweifeln. In der Zeit der unfaßbaren Verschlechterung der jüdischen Situation ist das Wunder des jüdischen Palästina verwirklicht worden und ist dort ein Judentum entstanden, das stark genug ist, einem viermonatigen brutalen Terror Stand zu halten. Aber auch die allgemeine Weltlage darf das Judentum nicht verzweifeln lassen. Die Geschichte hat uns Geduld und langen Atem gelehrt. Es dauert manchmal lange, bis sich der Rechtsgedanke durchsetzt, aber er setzt sich durch. Die Entwicklungen gehen heute schnell vor sich. Die Werte, die allein unsere Existenz sichern können: Völkerrecht, Völkerbund, Miniorität enrechte, Gleichberechtigung der Menschen und der Völker, Freiheit des Individuums und Toleranz — sind ewige Werte. Die Freiheitskräfte in der Welt müssen glauben lernen, daß die Zukunft ihnen gehört und daß, wenn sie wollen, sie sich auch heute noch durchsetzen und die entgegengesetzten Tendenzen in ihre Schranken verweisen können. Das jüdische Volk wird auch diese Zeit überdauern. Wir müssen uns organisieren, unsere Rechte immer wieder proklamieren und selbst mithelfen an der großen historischen Auseinandersetzung, die heute vor sich geht. Wir leiden mit dem Rechtsgedanken, der heute leidet; wir werden uns durchsetzen und triumphieren mit dem Rechtsgedanken, der morgen triumphieren wird. (Langanhaltender Beifall.)

Der Kongreß hielt seine zweite Sitzung am Sonntag nachmittag ab. Es wurde eine Reihe Ausschüsse gebildet, darunter ein politischer Ausschuß, ein Ausschuß zur Verteidigung der Juden vor dem Antisemitismus, ein Boykottausschuß, ein wirtschaftlicher und ein finanzieller Ausschuß.

Mittel- und Osteuropa

Ein Referat Lestschinskys.

Seine zweite Sitzung, die sachlicher Beratung gewidmet war, hielt der Jüdische Weltkongreß am Sonntag nachmittag ab. Der jüdische Soziologe und Statistiker Jakob Lestschinsky hielt ein Referat über „Die Lage der Juden in Mittel- und Osteuropa".

Drei große Nachkriegsereignisse — so führte er aus — haben die ökonomische und rechtliche Lage der jüdischen Massen in der Mehrzahl der europäischen Länder in einer Weise radikal geändert, daß die Frage der nationalen Existenz des jüdischen Volkes ganz neu gestellt ist:

1. Der Sieg der mittelständischen Ideologie und des mittelständischen Wirtschaftssystems gebar einen ökonomischen Nationalismus, der zur Hinausstoßung der jüdischen Massen aus ihren wirtschaftlichen Positionen und zu ihrer Isolierung innerhalb der Gesellschaft geführt hat.

2. Der Zerfall der großen Nationalitätenstaaten (Rußland und Oesterreich) stellte die jüdischen Minderheiten zahlreichen nationalen Mehrheitsvölkern gegenüber, die in einem rapiden Tempo einen Prozeß der Kommerzialisierung, Urbanisierung, sowie Schaffung einer eigenen nationalen Mittelschicht durchmachen und in der jüdischen Mittelschicht eine scharfe Konkurrenz sehen. Die Juden müssen Funktionen abgeben, die sie seit Jahrhunderten in diesen Ländern ausübten. Der Kampf ist ein unbarmherziger, die Nationalisierung der Städte geht über die Köpfe der Juden hinweg, die bis dahin das maßgebende Element in den Städten waren.

3. Die ungeheuer schnelle und intensive Assimilation der jüdischen Massen in Sowjetrußland, wo sie absolute wirtschaftliche und juridische Gleichberechtigung genießen, hat eklatant erwiesen, daß auch bei faktischer Gleichberechtigung die Existenzfrage der Juden als Volk weit von einer Lösung entfernt ist.

Der in seiner ökonomischen Tätigkeit lokal gebundene und darum nationalistisch gestimmte Mittelstand war auch im liberalen 19. Jahrhundert der aktive Träger der antisemitischen Bewegung: wo nun der Mittelstand zur Macht gekommen ist — das ist der Fall in Ländern, wo fünf Millionen Juden leben (Deutschland, Oesterreich, Polen, Rumänien, Litauen, Lettland) — geht der Prozeß der Entrechtung und der grausamen Hinausstoßung vor sich. Die Besserung des Schicksals dieser fünf Millionen entrechteter und ökonomisch ruinierter Juden muß die Hauptsorge des Jüdischen Weltkongresses sein.

Von den 500.000 Juden, die Anfang 1933 in Deutschland gelebt haben, verblieben dort noch 400.000; 130.000 zerstreuten sich über mehr als 60 Länder. Die ökonomische Ausgliederung der deutschen Juden vollzog sich durch Hinausstoßung aus den Intelligenzberufen im Gesetzeswege und durch ihre Isolierung in der Wirtschaft durch ungesetzliche Methoden, wie Verbot an öffentliche Institutionen, Beamte, Parteimitglieder usw., bei Juden zu kaufen, Schaffung von Markt-Ghetti, durch Boykott-Terror vor den jüdischen Geschäften und durch Expropriierung, d. h. durch den gegen jüdische Großfirmen ausgeübten Zwang, ihre Geschäfte an Arier zu ganz niedrigen Preisen abzugeben. Das Resultat in wenigen Jahren ist, daß abgesehen von der ungeheuren Auswanderung 20 bis 22% aller deutschen Juden auf Wohltätigkeit angewiesen sind.

Rein wirtschaftlich ist die Lage der österreichischen Juden noch schlimmer, als die der Juden in Deutschland, wenn auch dort der Ausgliederungsprozeß mit weniger Sadismus und Terror vor sich geht.

In Polen, Rumänien, Litauen und Lettland wurden gesetzliche Beschränkungen gegen die Juden nicht eingeführt, aber faktisch werden die Juden auf vielen Gebieten eingeschränkt, so z. B. bei den Wahlen in die Parlamente, Stadträte, Handels- und Handwerkskammern, bei der Aufnahme in die Universitäten und in die staatlichen Mittel- und Fachschulen, bei der Aufnahme von Beamten, Angestellten und Arbeitern in Staatsunternehmungen: auf dem letztgenannten Felde sind die Juden vollkommen ausgeschaltet. In diesen vier Ländern gehen 25 bis 35% des gesamten Umsatzes und 30 bis 40% des gesamten Volkseinkommens durch die öffentliche Hand. An diesem Wirtschaftssektor aber sind die Juden ausschließlich als Steuerzahler oder als Käufer von Produkten, nicht aber als Erwerbende beteiligt. 12 bis 15% der Gesamtbevölkerung, dabei 25 bis 30% der städtischen Bevölkerung dieser Länder sind staatliche oder städtische Angestellte, — Juden aber sind vollkommen ausgeschlossen. In allen vier Ländern befindet sich der Kreditapparat zu zwei Dritteln oder zwei Fünfteln in den Händen des Staates und kommt der herrschenden nationalen Mehrheit in ihrem Kampf gegen den jüdischen Mittelstand zugute. Die ganze Kapazität der Regierung auf ökonomischen Gebiet (Export- und Importlizenzen, Devisenzuteilung, Konzessionen, Steuervorschreibungen, Patentbestimmungen usw.) werden im Interesse des jungen nationalen Mittelstandes zum Schaden des jüdischen Mittelstandes ausgenutzt.

Dr. A. Tartakower (Lodz) referierte über „Jüdische Emigration und jüdische Emigrationspolitik".

Das jüdische Emigrationsbedürfnis, das bereits vor dem Weltkrieg überaus groß war, ist gegenwärtig um ein Vielfaches jener Periode gestiegen. Dem stehen nur sehr wenige Emigrationsmöglichkeiten gegenüber. Die Zahl der Juden, die auf Auswanderung angewiesen sind, um sich dem wirtschaftlichen, zuweilen auch dem politischen Druck entziehen zu können, wird heute auf jährlich 200.000, davon 120.000 allein in Polen, geschätzt. Die jüdische Emigration der Nachkriegsjahre beträgt aber jährlich weniger als 50.000, also kaum ein Drittel derjenigen der Vorkriegsperiode. Dabei geht die Mehrzahl der Auswanderer nach Palästina.

Eine Konsolidierung aller auf dem Gebiete der jüdischen Emigrationsarbeit tätigen Faktoren und eine möglichst breite Verankerung dieser Arbeit in den Volksmassen ist notwendig. Das jüdische Emigrationsproblem muß in seiner ganzen Breite vor den Augen der Kulturwelt aufgerollt werden, damit die Mächte zu einem Eingreifen veranlaßt werden. Daraus erwächst die Notwendigkeit des Anschlusses des gesamten jüdischen Emigrationsapparates an den Jüdischen Weltkongreß, der der Emigrationsarbeit den starken gesellschaftlichen und nationalen Hintergrund zu sichern und Verhandlungen mit den einzelnen Regierungen, sowie mit dem Völkerbund und den anderen internationalen Körperschaften auf sich zu nehmen vermag.

Stephen Wise an die Vertreter der Weltpresse

Genf. Vor mehr als 100 Vertretern der Weltpresse äußerte sich Dr. Stephen S. Wise über die Aufgaben des Kongresses. Nach der Feststellung, daß auf dem Kongreß mehr als ein Drittel der Judenheit der ganzen Welt vertreten sei, erklärte Wise, der Kongreß stehe in Gegensatz zu der Aktion jener Verbände, die sich damit begnügen, dem Völkerbund eine Petition über die Lage der Juden in den einzelnen Ländern zu unterbreiten; der Kongreß bezwecke in erster Reihe einen Ruf an die Judenheit zur Selbstbesinnung. Dr. Wise wandte sich gegen die „Ghetto-Mentalität" derjenigen Juden, die glauben, die Juden dürfen es nicht wagen, offen und geeint für ihre Belange einzutreten. Wir dagegen, sagte Wise, glauben, daß die Kulturwelt der Entschlossenheit der Juden, geeint zu handeln, Achtung entgegenbringen wird.


Stephen Wise als Zuhörer.

Bei den Beratungen der Exekutive, die der Tagung des Weltkongresses vorangingen, entspann sich eine Diskussion darüber, ob für die Tagung die Bezeichnung „Jüdischer Weltkongreß" beibehalten oder an ihrer Stelle die Bezeichnung „Weltkongreß jüdischer Verbände" gewählt werden solle. Die Delegierten der Arbeitergruppen setzten sich für die neue Bezeichnung mit der Begründung ein, daß der Kongreß nicht aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgegangen, sondern von einzelnen Verbänden und Organisationen beschickt worden sei. Ein endgültiger Beschluß soll während der Kongreßtagung erfolgen. Vorläufig bestehen 40 Delegierte von Arbeitergruppen aus Palästina, Polen und Amerika auf der Änderung des Namens. Dr. Stephen S. Wise, Richter Julian William Mack, Louis Lipsky und Abe Goldberg führen im Auftrag der Exekutive Verhandlungen mit den Arbeiterdelegierten, um diese zu bewegen, ihre Forderung nach Änderung des Kongreßnamens fallen zu lassen.

Die endgültige Tagesordnung des Kongresses sieht die Schaffung einer ständigen Körperschaft als Repräsentanz verschiedener jüdischer Gemeinschaften in der Verteidigung jüdischer Rechte vor, ferner Beratungen über den Schutz der bürgerlichen, politischen und wirtschaftlichen Rechte der jüdischen Minderheiten in denjenigen Ländern, in denen Minderheitenrechte anerkannt sind. Abwehr judenfeindlicher Propaganda und Verteidigung jüdischer Interessen gegen die Auswirkung judenfeindlicher Maßnahmen; Regelung der jüdischen Wanderung durch Schaffung eines Zentralbüros, das die gesamte Emigrationstätigkeit koordinieren soll, Koordinierung aller durch öffentliche Sammlungen geförderten Hilfsaktionen unter öffentlicher Kontrolle, Wiederaufbau und Wiederherstellung der wirtschaftlichen Existenz derjenigen, die nicht auswandern können, und Erleichterung der Auswanderung nach Palästina in Zusammenarbeit mit der Jewish Agency.

Jüdische Sozialhilfe

In seinem Referat über „Ziele und Methoden der jüdischen Sozialhilfe" führte der Präsident des Verbandes jüdischer Gesellschaften in Frankreich, Dr. I. Jefroykin, in der Sitzung des Jüdischen Weltkongresses am Sonntag nachmittag aus, die jüdischen Philanthropischen Einrichtungen, bisher die Spitze der jüdischen öffentlichen Tätigkeit darstellend, seien angesichts der neuen immensen Aufgaben völlig unzureichend. Die jüdische soziale Hilfe erfordert eine sofortige Demokratisierung; unter den heutigen Umständen darf es nicht sein, daß ein kleiner Kreis von Personen, seien es Philanthropen oder Sozialarbeiter, als Träger der Verantwortung und als ausschlaggebender Faktor in der jüdischen sozialen Hilfe auftreten. Die jüdischen Massen sind an dem Problem der sozialen Hilfe aktiv interessiert. Deswegen muß der Kongreß ein Zentralbüro für jüdische soziale Hilfe mit folgenden Aufgaben schaffen: a) Sammlung und Verarbeitung von Material betreffend Sozialhilfe. b) Schaffung eines wirtschaftlichen und statistischen Dienstes mit Bezug auf die Sozialarbeit. c) Zusammenarbeit zwecks Rationalisierung des jüdischen Hilfs- und Wohlfahrtswesens in den verschiedenen Ländern und zwecks Demokratisierung der Organisationen für Sozialhilfe in jedem Lande. d) Schaffung einer Repräsentanz der jüdischen Sozialhilfe bei den internationalen Organisationen, wie Völkerbund, Rotes Kreuz usw.

Unverlangt eingesendete Manuskripte werden nur retourniert, wenn ausreichendes Rückporto (Inland 1-Kč-Marke, Ausland internationaler Antwortschein) beiliegt.

Julian W. Mack — Ehrenvorsitzender

Genf. Der Jüdische Weltkongreß wählte in seiner Sitzung am Sonntag abend Richter Julian W. Mack zu seinem Ehrenvorsitzenden. Mack, 1866 in San Franzisko geboren, war Präsident der Zionistischen Organisation von Amerika, Vorsitzender des ersten Amerikanisch-Jüdischen Kongresses und 1919 in Paris Vorsitzender des Comité des Délégations Juives. Er begründete den Palestine Devellopment Council, dessen Präsident er wurde.

Leon Kubowitzki erstattete in der gleichen Sitzung Bericht über die Organisation des Kongresses. Das Organisationsstatut für die weiteren Kongresse muß vorsehen, daß die Delegierten auf demokratischer Grundlage mit einem vierjährigen Mandat gewählt werden. Der Kongreß soll jedes zweite Jahr, der vom Kongreß eingesetzte Zentralausschuß jedes halbe Jahr zusammentreten.

Der Staat Masaryks und Benešs als Beispiel

Ehrung des Märtyrers Stefan Lux.

Montag begann auf dem Ersten Jüdischen Weltkongreß die Hauptaussprache, die von Berichten der Delegierten über die Situation der Juden in den einzelnen Ländern eingeleitet wurde. Rabbiner Dr. Hugo Stránský, einer der Delegierten aus der Tschechoslowakei, führte unter allgemeiner Spannung der Delegierten und der Gäste aus, die tschechoslowakische Delegation sei glücklich, daß sie auf dieser Tagung, die für die politische und religiöse Freiheit und Gleichberechtigung der Juden kämpfen wolle, betonen könne, daß diese Werte in der Tschechoslowakei nicht nur auf dem Papier stehen, sondern tatsächlich verwirklicht sind.

Die Tschechoslowakische Republik ist heute der einzige Staat Europas, der große Minderheiten besitzt und in dessen Parlament auch Abgeordnete der jüdischen Minderheit sitzen, die aus freien demokratischen Wahlen hervorgegangen sind. Regierung und Volksvertretung sowie die Gesetze unseres Landes schließen jedwede antijüdische amtliche Maßnahme aus. In der tschechischen Nation ist ein alter und starker Geist der Liberalität lebendig, der den Antisemitismus verwirft. Dieser Geist beseelte und beseelt die Gründer des čsl. Staates T. G. Masaryk und Eduard Beneš, deren edlem Gerechtigkeitssinn von dieser Tribüne eine Danksagung des Weltjudentums gebührt. Die Behandlung der Juden in unserem Staate entspringt keinen Philosemitismus, sondern einer durch den Weltgeist Masaryks erkämpften Erkenntnis der reinen allgemeinen Wahrheit und des allen gemeinsamen Rechtes auf ein freies bürgerliches und nationales Leben. Und dies ist von großer Bedeutung. Denn dieser Geist liegt der Verfassung unseres Staates zugrunde und kann nicht so leicht einer Politik der Effekte oder der Rasse unterliegen, und bietet gleichzeitig eine Gewähr für die Kontinuität des jetzigen Zustandes für die Zukunft. Als Beweis möge dienen, daß die Funken des gewaltigen Antisemitenherdes in unserem großen Nachbarstaate im tschechoslowakischen Volke kein Feuer gefangen hat. Ein Beweis der Stärke der Begriffe von Recht, Gleichheit und Freiheit, die bei uns herrschen. Um für ein solches nicht erbetteltes und aus Gnade vielleicht geschenktes Recht und um für eine solche Wahrheit der Existenzberechtigung des jüdischen Volkes in jedem Staate zu kämpfen und damit für die gesamte Welt die allgemeinen Werte der Freiheit, Gerechtigkeit und Wahrheit wiederzugewinnen, sind wir auf diesem Kongreß zusammengekommen. Die Voraussetzung für diesen Kampf ist jedoch der Zusammenschluß und die Einheit. Hiebei gestatten Sie mir, auf ein trauriges Ereignis hinzuweisen, das symbolhaft die Notwendigkeit und Forderung nach engstem Zusammenschluß zur Verteidigung unserer Rechte aufweist. In diesem Saale hat sich vor nicht gar zu langer Zeit ein tschechoslowakischer Jude namens Stefan Lux entleibt und durch die Preisgabe seines Lebens in seiner einzigen Person die Forderung des Gesamtjudentums nach Recht, Freiheit und Humanität vor den versammelten Vertretern der Völker der Welt zum Ausdruck gebracht. Er verdient ein ehrendes Gedenken seitens unseres Kongresses.

Das Präsidium

Nachdem der Jüdische Weltkongreß, wie berichtet, Richter Julian W. Mack zum Ehrenpräsidenten gewählt hat, wählte der Kongreß in sein Präsidium den Dichter David Pinski, Dr. Naham Goldman, Louis Lipsky, Doktor Benzion Mossinson, Dr. Stephen S. Wise, den ehemaligen polnischen Senator Raphael Szereszewski, Dr. Rosmarin, Ing. Anselm Reiß, den ehemaligen Abgeordneten des lettländischen Sejm Rabbiner Dr. M. Nurok, den Präsidenten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindeverbandes Dr. Sally Meyer, I. Jefroykin (Paris), den Vorsitzenden des Verbandes der Synagogengemeinden Englands Rat Davis und Oberrabbiner Brodt (Antwerpen). In das Kongreßsekretariat wurden entsandt: Dr. Margoshes, Max Holländer, Dr. Markus Kremer, Rabbi M. H. Stern, Adv. Blum und M. Kruker.

Die Arbeitergruppen sämtlicher Länder haben sich auf dem Kongreß zu einer Arbeiterfraktion zusammengeschlossen, der sowohl zionistische wie nichtzionistische Arbeitervertreter angehören. Ferner wurde auf Anregung von Rabbiner Dr. M. Nurok und dem Präsidenten der Misrachi-Organisation Amerikas L. Gellman ein religiöser Block gebildet.

Ueber 80 amerikanische Delegierte, fast ein Drittel des gesamten Kongresses, haben sich unter Führung von Dr. Stephen S. Wise zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen. In der konstituierenden Fraktionssitzung wurde Louis Lipsky zum Vorsitzenden und Mendel Fischer zum Schriftführer gewählt.

Da die fünf kommunistischen Delegierten aus Amerika, die als Vertreter der von der Washingtoner Wahlversammlung ausgeschlossenen Opposition auf eigene Faust nach Genf gekommen waren, es abgelehnt hatten, eine Erklärung zu unterzeichnen, die die Haltung der Kommunisten Palästinas bei den gegenwärtigen Unruhen verurteilt, hat das Exekutivkomitee endgültig beschlossen, sie zu dem Kongreß nicht zuzulassen.

Diese Entscheidung der Exekutive führte zu einer erregten Auseinandersetzung in der Kongreßsitzung. Namens der amerikanischen Delegierten vertrat Louis Lipsky den Standpunkt, daß die Kommunisten nicht zugelassen werden dürfen, solange sie das Vorgehen ihrer Genossen in Palästina nicht verurteilen. Bei der Abstimmung traten nur zwanzig Delegierte für die Zulassung der fünf Kommunisten ein, während die überwaltigende Mehrheit des Kongresses den Ausschluß billigte.

Sir Neill Malcolm macht Versprechungen

Genf. In der Sitzung des Jüdischen Weltkongresses am Montag, in der die allgemeine Aussprache über die Situation der Juden in der Welt und über die Vorschläge zur Behebung der wirtschaftlichen jüdischen Schwierigkeiten in verschiedenen Ländern durchgeführt worden ist, sprach der Hochkommissar des Völkerbundes für die deutschen Flüchtlinge General Sir Neil Malcolm. Er gab die Versicherung ab, er werde alles in seiner Macht Stehende tun, um das Schicksal der Flüchtlinge zu verbessern.

* * *

Die polnische Kommission setzte eine Sonderkommission ein, die eine auf dem Kongreß zu verlesende Erklärung über die jüdische Situation in Polen abfassen wird. Es sprachen sodann Rabbi Edward Israel aus Baltimore, Dr. Mayer Ebner, Rumänien, Oberrabbiner Nurok, Lettland, I. Naiditch, Paris, und Berl Locker, Palästina. Naiditch schlug die Gründung einer Internationalen Jüdischen Bank für Wirtschaftshilfe an die Juden in verschiedenen Ländern mit dem Sitz in London und Filialen in jenen Ländern, wo Juden unter wirtschaftlicher Diskriminierung leiden, vor.

Vor Beginn der Hauptaussprache protestierte Oberbaurat Robert Stricker im Namen der österreichischen territorialen Gruppe gegen die Bildung politischer Fraktionen, die zu einer Sprengung des Kongresses, ja sogar zu einer dauernden Spaltung in den Reihen der Kongreßgruppen führen könnte.

Der bekannte zionistische Führer Dr. Mayer Ebner, Mitglied des Präsidiums der Jüdischen Reichspartei in Rumänien, sagte in seinen Ausführungen u. a.: Der Jüdische Weltkongreß soll den gemeinsamen Nenner aller Juden darstellen. Wir brauchen hier ein einheitliches Judentum ohne Differenzierung von Parteien, weil es uns hier nicht um die Lösung sozialer oder religiöser Fragen geht, sondern um das Einfachste und Wesentlichste: um die Lebensfrage des Diaspora-Judentums. Auch die jüdische Weltmacht ist, wie die jüdische Solidarität, ein von unseren Feinden geglaubtes Märchen. Weltmacht sind wir nicht, aber auch nicht Ohnmacht. In Wahrheit sind wir nicht so sehr materielle als moralische Macht. Der Weltkongreß muß die große jüdische Welttribüne werden.

Letzte Nachrichten über den Weltkongreß: Seite 5.

Hans Lichtwitz:

„Kommissions-Präludien"

Alijah-Sperre?

Trotz aller entschiedenen gegenteiligen Erklärungen der englischen Regierung gewinnt hier im Lande die Meinung ein immer größeres Echo, die jüdische Einwanderung werde für eine bestimmte Zeit eingestellt werden. Die Hauptenergie der zionistischen Exponenten in London und Jerusalem wird gegen dieses drohende Gespenst eingesetzt, bisher mit dem unbestreitbar großen Erfolg, daß die Sommer-Schedule trotz Ausbruchs der Unruhen bewilligt, die Zertifikate zur Gänze ausgefolgt wurden und die neue Alijah bis Anfang September im Lande eingetroffen sein wird. Die nächste Kampfetappe geht um die Herbst- und Wintereinwanderung. In manchen Kreisen der englischen politischen Oeffentlichkeit, besonders im Colonial office, will man als Ausweg aus einer durch die lange Dauer der Unruhen heraufbeschworenen unangenehmen Situation diese kommende Einwanderung unterbinden. Der formale Vorwand „um der Königlichen Kommission eine ruhige Arbeit zu ermöglichen", wäre eine so offensichtliche Kapitulation vor den Terrormethoden der arabischen Opposition, daß an keinerlei Zustimmung jüdischerseits zu diesem Schritte gedacht werden kann. Die ganze Haltung des Jischuw erhält Sinn und Berechtigung nur durch die Sorge und Rücksichtnahme auf die künftige Einwanderung. Ein Ausgleich zwischen dem bereits im Lande ansässigen jüdischen Jischuw und der arabischen politischen Führung ließe sich zweifelsohne ziemlich mühelos herbeiführen — unter Preisgabe der kommenden Einwanderung. Eine solche Lösung wäre in den Ländern der Galuth wohl gang und gäbe. Die Juden Amerikas, Süd-Afrikas, Australiens usw. haben sich nicht gegen das Schließen der Tore ihrer Wohnländer vor einem weiteren jüdischen Einwandererstrome gewehrt oder zumindest diese Frage zu keinem erstrangigen Streitobjekt erhoben. Hier in Palästina ist die Existenzberechtigung des ganzen jüdischen Jischuw so eng mit jener Frage verbunden, daß auch nur eine partielle Einwanderungssperre als tiefer Eingriff in seinen empfindsamsten Lebensbezirk aufgenommen werden würde.

Während in den ersten Unruhetagen im April Wauchope bereit gewesen sein soll, den arabischen Forderungen durch eine zeitweilige Sistierung der Einwanderung entgegenzukommen, die Londoner Regierung jedoch keine Erlaubnis zu diesem Schritt erteilte, hat sich jetzt, so heißt es in informierten Kreisen, ein Rollentausch vollzogen. London habe nicht mehr viel einzuwenden — ein Teil der englischen Presse tritt sogar offen dafür ein und Ormsby-Gore gibt Erklärungen zu dieser Frage, die alle Eventualitäten offen lassen — der High Commissioner in Jerusalem hingegen, sei gegen eine ausdrückliche Einwanderungssperre, die nur eine Aufmunterung für einen Einsatz der Terrorkräfte auch bei allen künftigen arabischen Forderungen bedeuten und überdies unter den Juden eine Welle der Erregung auslösen werde, die für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung nicht gerade förderlich sein könne.

Gefahr von der ökonomischen Seite

Hingegen liegt die Gefahr nahe, daß die Palästina-Regierung via facti, unter Berufung auf die veränderte ökonomische Situation im Lande und der dadurch geminderten Absorptionskraft die kommende Einwanderung im Sinne der arabischen Forderung regulieren dürfte. Hier wäre unsere Position weitaus schwächer, denn es besteht kein Zweifel, daß auch der jüdische Wirtschaftssektor durch den langen Gang der Unruhen in arge Mitleidenschaft gezogen wurde. Am Baumarkte und in der Verkehrswirtschaft, aber auch im Geschäftsleben machen sich deutlich Stagnationserscheinungen bemerkbar. Durch die geminderte Kaufkraft und Kauflust wird auch die junge palästinensische Industrie empfindlich getroffen; einige wichtige Fabriken arbeiten zur Zeit fast ausschließlich für das Lager. Wenn auch andererseits durch die Verstärkung der jüdischen Arbeit am Lande, die Einstellung von nahezu 2000 jüdischen Hilfspolizisten u. a. eine Erleichterung am Arbeitsmarkte geschaffen werden konnte, so ist dennoch in den Städten, vor allem in Tel Awiw und Jerusalem, eine gewisse Arbeitslosigkeit zu verspüren.

Alle Anstrengungen der zionistischen Instanzen und der Histadrut Haowdim sind darum vor allem auf eine Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes am Arbeitsmarkte gerichtet. Es wurde ein Monat „Tozeret Haarez" proklamiert, in dem der Jischuw beim Konsum hauptsächlich die Landeserzeugnisse berücksichtigen soll. Die Propaganda für diese Aktion wird sehr intensiv, besonders mit Einsatz der Jugend geführt. Die Arbeiten im Tel-Awiwer Hafen sind schon so weit gediehen, daß mehrere Ladungen zur gleichen Zeit gelöscht werden können. In der kommenden Orangensaison wird erstmalig Tel Awiw als Verladeplatz fungieren. Von Regierungsfachleuten wurde die Tageskapazität des Tel-Awiwer Hafens mit 30.000 Orangenkisten eingeschätzt. Durch diese erweiterten Verladungsmöglichkeiten wurden auch eine Reihe neuer jüdischer Arbeitsplätze geschaffen. In Haifa wird in kürzester Zeit am Hadar Hacarnal mit dem Bau einer großen Markthalle nach den Plänen des Architekten Mendelsohns begonnen werden, wodurch eine Emanzipation der jüdischen Käufer vom arabischen „Schuk", dem heutigen Unruheherd, durchgeführt wird. Ueber 500 jüdische Arbeiter werden bei den neuen großen Straßenbauten der Regierung beschäftigt sein, die zum Teil schon begonnen wurden und im Winter zu Ende geführt sein werden. Der wieder ins Leben zurückgerufene „Solel Boneh", die große Baukooperative der Histadrut, hat den Straßenbau Herzlia—Tel Awiw und andere größere öffentliche Arbeiten übernommen und bei Sichron Jakob und Ginegar neue Steinbrüche und Schottererzeugungen eröffnet. An 200 jüdische Arbeiter und Arbeiterinnen wurden zur Weinlese nach Sichron Jakob dirigiert, wo bisher fast zur Gänze Araber beschäftigt waren. Die Verhandlungen mit den Kolonisten, die in den Unruhetagen nolens volens von der arabischen zur jüdischen Arbeit übergegangen sind, diese jüdischen Arbeiter auch in ruhigen Zeiten zu beschäftigen, werden fortgeführt. Ihr Ergebnis ist bisher wenig erfreulich. Nur drei Prozent von ihnen haben sich bereit erklärt, Verträge zwecks Garantie für eine dauernde jüdische Arbeit zu unterfertigen.

In dieses Kapitel gehören wohl auch die finanziellen Sorgen der Jewish Agency. Durch die Unruhen wurde die Exekutive vor eine Unzahl neuer Aufgaben gestellt, die oft einen beträchtlichen finanziellen Aufwand erfordern, der im normalen Budget nicht vorgesehen ist. Diesen zusätzlichen Ausgaben müßten in der ganzen Welt zusätzliche Einnahmen des Keren Hajessod gegenüberstehen, um auch in diesen schweren Zeiten die Ordnung im Haushalte der Jewish Agency aufrechterhalten zu können.

Kantons-Pläne

Der alte Plan, Palästina in nationale Kantone aufzuteilen und die Bestimmungen des Mandats hinsichtlich der Errichtung der Heimstätte für das jüdische Volk nur auf die jüdischen Kantone in Anwendung zu bringen, ist wieder aufgetaucht und findet in einem Teile der englischen politischen Oeffentlichkeit, vornehmlich jedoch bei der hiesigen Regierung, lebhafte Sympathien. Die bereits bestehenden großen jüdischen konzentrierten Siedlungsgebiete werden als günstige Ausgangspunkte zur Realisierung dieser Pläne angesehen. Vieles, was seitens der Regierung in letzter Zeit an jüdischen Forderungen erfüllt wurde — Tel-Awiwer Hafen, Teilung und Verlegung der Aemter von Jaffa nach Tel Awiw, Errichtung der Distriktsbehörde in Natania, das neue Straßenbauprogramm, das die Verbindung der jüdischen Gebiete Tel Awiw—Haifa und eine direkte Straße durch das ganze Emek Jezreel vorsieht u. a. — erscheint nur prima vista als Entgegenkommen gegenüber dem jüdischen Jischuw. Auf längere Sicht betrachtet, können es auch vorbereitende Schritte zur Verwirklichung der Kantonisierungs-Pläne sein. Gegen die Schaffung größerer jüdischer Verwaltungseinheiten ist vom jüdischen Standpunkt an sich wenig einzuwenden, wenngleich eine scharfe Scheidung der beiden nationalen Lebensbezirke auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus mancherlei Schwierigkeiten und Hemmungen für die weitere Entwicklung mit sich führen kann. Die politisch beabsichtigte Wirkung des Kantonisierungs-Planes würde jedoch eine weitere Einengung des zur Realisierung des Zionismus bereiten Raumes bedeuten, der jüdischerseits nicht zugestimmt werden kann. Sofort taucht die Frage Transjordanien auf, das ohnehin bisher der jüdischen Einwanderung verschlossen ist. Soll bei einer eventuellen Kantonsaufteilung auch Transjordanien mit in das zu teilende Gebiet einbezogen werden? Darüber schweigen sich die vorliegenden Pläne noch aus. Eins scheinen jedoch ihre Verfechter zu übersehen. Die beabsichtigte Wirkung einer nationalen Befriedigung des Landes muß nicht zwangsläufig aus einer strikten geographischen Absonderung der beiden Nationen hervorgehen. Wir bekommen ja gerade in diesen Monaten einen deutlichen Gegenbeweis fast ständig vor Augen geführt: Die rein arabischen Bezirke Jenin, Tul Kerem, Nablus und Hebron sind die permanenten Unruhezentren geworden, während in manchen gemischtnationalen Gebieten im großen und ganzen das Leben seinen ruhigen Verlauf nimmt.

Justiz-Schützenhilfe für die Terroristen

Vor kurzem hat ein Urteilsspruch des obersten Richters MacDonalds, in dem anläßlich eines Rekurses der von den Niederreißungsarbeiten in Jaffa betroffenen Hausbesitzer in unmißverständlicher Weise gegen die Regierung polemisiert wurde, großes Aufsehen im ganzen Lande hervorgerufen. MacDonald erhielt in der arabischen Presse sogleich die ehrende Qualifizierung eines „weisen Richters". Nun hat er sich durch einen neuen Urteilsspruch weitere Lorbeeren bei den arabischen Unruhestiftern geholt. Er hat die Verhängung der Kollektivstrafe von 1000 Pfund gegen die Stadt Gaza, in deren Bereich sich Terrorakte gemehrt hatten, aufgehoben und es nicht verabsäumt, wiederum dem High Commissioner einen Verweis zu erteilen: Die Erlaubnis zur Verhängung von Kollektivstrafen liege außerhalb seiner Kompetenz.

Nun ist es ja möglich, daß MacDonald formaljuristisch an einigen Stellen seines Urteilspruches sich im Rechte befindet — die formalen Mängel der Verordnung des High Commissioners, durch die die Distrikskommissäre ermächtigt wurden, Kollektivstrafen für Terrorakte zu verhängen, wurden bereits in dieser Woche durch eine ergänzende Verordnung in der „Official gazette" beseitigt — der Zeitpunkt und der Ton seiner Kritik jedoch können nur als höchst störend für die um die Wiederherstellung der Ruhe bemühte Regierung empfunden werden. Und tatsächlich wurde auch das Urteil von den opponierenden Arabern mit großem Jubel aufgenommen und noch am gleichen Tag in Extraausgaben ihrer Presse im ganzen Lande verbreitet. Die Vereinigung der arabischen Advokaten leitete alsbald eine Aktion ein, um auf Grund dieser Judikatur auch die Aufhebung aller übrigen bisher wegen Terrorakte über arabische Dörfer und Städte verhängten Kollektivstrafen zu erwirken.

Auf einer ähnlichen Linie bewegen sich die Urteile des englischen Richters Planket in Jerusalem, der Araber, die wegen unbefugten Waffentragens angeklagt waren, zu zwei- bis fünfjährigen Kerkerstrafen, zwei Juden jedoch, die als Wächter eines jüdischen Besitzern gehörigen Steinbruchs in der Nähe von Jerusalem mit Waffen angetroffen worden waren, zu sechs und sieben Jahren Kerker verurteilt! Herr Planket scheint den Verlauf der nun doch schon vier Monate währenden Unruhen zur Gänze verschlafen zu haben. Sonst hätte ihn auch nur ein Blick in eines der täglichen Regierungsbulletins hinreichend belehren müssen, durch wessen Waffenbesitz die Ruhe und Ordnung im Lande ständig gestört wird und gegen wen sich dann die verschärften Bestimmungen des Verbotes des Waffentragens wenden. Doch gewiß nicht gegen jüdische Wächter, die ihre Arbeitsstätten vor Zerstörung gegen die gleichen Elemente schützen, die Tag um Tag aus dem Hinterhalt auch auf Polizei und Militär schießen. Aber es liegt auch die Vermutung auf der Hand, daß Planket wie viele andere britische Beamte, lieber eine Situation hätten, in der die Juden ebenso wie die Araber als Unruheelemente in Erscheinung treten würden und wo dann die englische Verwaltung die unverbindlichere und bequemere Position des schlichtenden quasi unbeteiligten Dritten beziehen könnte. Der jüdische Jischuw hat ihnen diesen Gefallen nicht erwiesen. Also versucht man krampfhaft eine solche Rollenverteilung zu konstruieren. In Tiberias wurden nach einem Angriff des arabischen Straßenmob auf die jüdische Altstadt zahlreiche Juden unter der Beschuldigung, Bomben geworfen zu haben verhaftet, später zwar wieder freigelassen, aber die Version, es habe sich um einen jüdisch-arabischen Zusammenstoß gehandelt, blieb. Und Richter Planket verurteilt Araber wie Juden wegen Waffentragens, die letzteren sogar ein wenig strenger. Diese Versuche, das Bild der Unruhen zu verfälschen sind ganz vergebens. Die ganze Welt weiß, was in Palästina vorgeht. Und wir werden vor der „Königlichen Kommission" als die Ankläger erscheinen, Ankläger gegen Feuer und Mord, Terror und Gewalt. Daran läßt sich nicht rütteln und deuten.

CHRONIK DER WOCHE

Kein Tag ohne Überfälle

London. In einem längeren Schreiben an die „Times" erklärt der ehemalige Kolonienminister Amery, daß sich England nicht in Ehren den aus dem Mandat ergebenden Verpflichtungen entziehen könne. Ein Nachgeben gegenüber der Unbotmäßigkeit der Araber würde bei diesen nur die Hoffnung erwecken, daß das ganze Mandatssystem über den Haufen geworfen werden könnte, wenn sie nur durchhalten. In Palästina stünden zwei Völker gegeneinander, von denen das eine hoch entwickelt, das andere zurückgeblieben sei. Wolle man den Arabern das allgemeine Stimmrecht geben, dann könnten sie alles sabotieren, so lange die Juden in der Minderheit seien. Die Gleichberechtigung beider Nationen müsse dadurch gesichert werden, daß Juden und Araber einen gleichen Anteil an der Gesetzgebung erhalten, ohne Rücksicht auf ihre zahlenmäßige Stärke. Dieses Regime sollte von der englischen Krone auf ewig garantiert werden, und darauf könnte eine dauernde Politik in Palästina aufgebaut werden.

Verstärkte Exzesse

Jerusalem. Das amtliche Dementi der Gerüchte, die jüdische Einwanderung nach Palästina sei eingestellt worden, hat zu verstärkten arabischen Exzessen geführt. Aus dem Jaffaer Manschie-Viertel, das an der Grenze von Tel Awiw liegt, versuchten Araber nach Tel Awiw einzudringen. Sie gaben Schüsse ab und warfen zwei Bomben. Die die Stadtgrenze bewachenden Truppen gaben einige Warnungssalven ab. Verletzt wurde niemand.

In Kakün bei Tulkerem wurde ein arabischer Polizist getötet und ein zweiter verwundet. Die Angreifer konnten entkommen. In Ramalla wurden bei einem Zusammenstoß mit einer Militärpatrouille ein Araber getötet und ein zweiter verwundet. Der Versuch eines Angriffs auf die jüdische Siedlung Ekron wurde durch bald eingetroffene militärische Verstärkungen vereitelt.

Araberdelegation verläßt London

London. Die von Jamal el Husseini geführte inoffizielle arabische Delegation, die in den letzten Wochen in politischen Kreisen Englands für die arabischen Forderungen Propaganda gemacht hat, trat am 5. August die Rückreise nach Palästina an.

„Evening Standard" meldet, den Arabern werde das Zugeständnis einer vorübergehenden Einstellung der jüdischen Einwanderung nicht gemacht werden, da die Regierung, so lange der Streik andauert, keine Verhandlungen wünsche. Die Entscheidung über Fortsetzung oder Einstellung der Einwanderung werde ausschließlich von der Regierung in London getroffen werden. In Regierungskreisen glaube man, daß die arabische Revolte höchstens nur noch wenige Wochen andauern könne.

Jerusalem. (JTA.) Die nach Amman zu Besprechungen mit Emir Abdullah entsandte Abordnung des Obersten Arabischen Ausschusses und der arabischen Bürgermeister ist unverrichteter Dinge nach Jerusalem zurückgekehrt. Eine Einigung über die künftige Taktik der palästinensichen Araber konnte trotz der Bemühungen des Emirs nicht erzielt werden.

Zwei Morde

Jerusalem. In der Nacht zum Freitag ist in einer Orangenpflanzung in der Vorstadtsiedlung Hatikwa bei Tel Awiw der aus Konstantinopel eingewanderte 27jährige Reuben Levi erschossen worden. Der Tote wurde in Tel Awiw unter starker Beteiligung der Bevölkerung zu Grabe getragen. Dem Tel-Awiwer Vizebürgermeister Rokach wurde nicht gestattet, anläßlich der Beisetzung eine Rede vor dem Rathaus in Tel Awiw zu halten.

Jerusalem. (JTA.) Der 45jährige aus Polen eingewanderte Siedler Seef Lindenfeld aus der neuen Kolonie Tagla wurde auf der Straße nach Chedera ermordet. Lindenfeld fuhr mit seiner Frau auf einem Wagen nach Chedera, um dort Gemüse zu verkaufen. Auf halbem Wege begegnete ihnen ein Auto, dessen jüdischer Chauffeur die Frau Lindenfelds einlud, mitzufahren. Als der allein auf dem Wagen gebliebene Kolonist viele Stunden später noch nicht in Chedera eingetroffen war, ging man ihn suchen und fand ihn neben seinem Wagen ermordet. Das Pferd war weggeführt worden.

Größere Kampfhandlung

Jerusalem. Nach wenigen Tagen verhältnismäßiger Ruhe kam es am Freitag nachmittag wiederum zu einer größeren Kampfhandlung. Auf der Straße zwischen Tel Awiw und Haifa wurde bei Nablus ein Transport von Aufständischen an-

gegriffen. Truppen und Flugzeuge kämpften mehrere Stunden gegen die Angreifer, welche schließlich flohen und drei Tote und zwei Gefangene zurückließen. Auf britischer Seite wurde ein Soldat verletzt.

England ist „enttäuscht"

London. „Manchester Guardian" erklärt, die englischen Regierungskreise seien darüber enttäuscht, daß die Ankündigung der Kgl. Kommission von den Arabern so kühl aufgenommen wurde. Schiffsplätze für die Mitglieder der Kommission seien für Oktober belegt worden. Daraus sei aber nicht mit Bestimmtheit zu folgern, daß die Kommission abreisen wird, wenn die Araber bei ihrer Taktik der Gewalt bleiben. Man glaubt aber, daß eine etwaige frühe Beendigung der Unruhen eher aus Mangel an Mitteln, als aus Mangel an dem Willen, den Streik fortzuführen, erfolgen würde. Laut der Feststellung des Kolonienministers Ormsby-Gore werde die Regierung die jüdische Einwanderung nicht einstellen, so lange die Unruhen andauern. Was aber eine Einstellung der Einwanderung nach Beendigung der Unruhen betrifft, so sei hierüber eine Antwort nicht erfolgt; man könne den Schluß wagen, daß es in diesem Falle zu einer Einwanderungseinstellung für die Dauer der Untersuchung durch die Kommission kommen wird. Man deutet bereits an, daß es sich vielleicht nur um eine teilweise Einstellung, wie anläßlich der Untersuchungen der Shaw-Kommission im Jahre 1929 handeln wird; damals wurden Einwanderer mit einem Kapital von über 500 Pfund zugelassen, nicht aber die auf Grund der Labour-Schedule ins Land kommenden armen Einwanderer. Dies scheine ein gefährliches Kompromiß zu sein, das sowohl die Juden wie die Araber verstimmen würde.

✣

Die hebräische Tageszeitung „Dawar", das offizielle Organ des Jüdischen Arbeiterverbandes Palästinas, beurteilt in einem Leitartikel die Ernennung der Kgl. Kommission für Palästina in höchst pessimistischer Weise.

Kein Tag ohne Tote

Jerusalem. Der 22jährige Ascher Rosenfeld wurde bei der Bewachung einer Orangenpflanzung in Ness Ziona von Arabern aus dem Hinterhalt erschossen. Der 38jährige Siedler Benjamin Schuster in Moza wurde auf der Schwelle seines Hauses durch Schüsse verwundet. Er wurde in das Hadassah-Krankenhaus gebracht. — Die Siedler Israel Weinstein, Menachem Keller, Mosche Gostorp und Zippora Schwartz wurden, als sie nach dem Abendbrot sich auf dem Hofe unterhielten, durch die Explosion einer Bombe verwundet. Die Verletzungen des Eigentümers des Hauses sind schwer. Nachdem die Bombe explodierte, wurde das Gehöft von arabischen Schützen beschossen. Militärpatrouillen suchen das Gelände ab.

Von dieser Woche an werden die Autokolonnen, die zwischen Tel Awiw und Haifa verkehren, statt wie bisher von zwei, von vier Militärautos be-

gleitet sein. Außerdem fährt ein kleines Auto mit einer Radiostation mit.

Die Regierung hat wieder Flugblätter abwerfen lassen, in denen jede Unterstützung der Rebellen durch Lieferung von Nahrungsmitteln und Gewährung von Unterkunft verboten und darauf hingewiesen wird, daß die Kgl. Kommission erst nach völliger Säuberung des Landes von den Banden nach Palästina kommen wird.

Streik bei der Irak Petroleum-Gesellschaft

Jerusalem. Bei der Irak Petroleum-Gesellschaft in Haifa ist der Streik erklärt worden. Agitatoren des arabischen Streikkomitees haben den Versuch unternommen, die Regierungsbeamten und Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Haifa zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Nach mehreren stürmisch verlaufenen Versammlungen sind tatsächlich einige Angestellte in den Streik getreten. Die jüdischen und ägyptischen Arbeiter der Werkstätten setzen jedoch die Arbeit fort.

„.... ohne jede Grundlage"

Die Palästinaregierung ließ der Presse eine Mitteilung zugehen, in der die in arabischen Zeitungen erschienene Meldung, daß der Kolonienminister Ormsby-Gore den High Commissioner Sir Arthur Wauchope ermächtigt hat, die jüdische Einwanderung einzustellen, falls er es für gut findet, als ohne jede Grundlage bezeichnet wird.

Neue Zertifikate

(Palcor.) Die Regierung hat heute der Jewish Agency 140 Zertifikate zugestellt, von denen 100 für deutsche Jugend und 40 für das Huberman-Orchester bestimmt sind. Die deutschen Jugendzertifikate, waren bisher, wie die Zertifikate für Studenten in einem besonderen Schedule vorgesehen, für das die Jewish Agency eine Anzahl von 450 beantragt hatte; diesem Antrage ist jedoch seitens der Regierung nicht stattgegeben worden.

Sephardisch oder aschkenasisch?

EINE DISKUSSION

Die Beiträge von Dr. R. Sonnenmark „Sephardische Aussprache" in Nr. 25 und von Dr. B. Suhler „Die sephardische Aussprache im Tempel" in Nr. 33 der „Selbstwehr" haben eine lebhafte Diskussion zur Folge gehabt. Von den vielen uns übermittelten Zuschriften geben wir nachstehend einige wieder, wobei wir hinzufügen, daß wir damit die Diskussion vorläufig zum Abschluß bringen, wiewohl wir überzeugt sind, daß das Pro und Kontra in dieser aktuellen Frage noch weiter geführt werden wird.

Eine Erwiderung

Es ist jedem klar und einleuchtend, daß nicht alle vorhandenen Aussprachen richtig sein können, sondern daß sie unter den verschiedensten Einflüssen der Galuthländer entstanden sind, und zwar in einem Momente, in dem das Hebräische nicht mehr die lebendige Sprache des jüdischen Volkes war, sondern nur die der Heiligen Schrift. Es fragt sich nur, ob alle diese Aussprachen Neubildungen sind, d. h. ob die ursprüngliche Aussprache ganz verdrängt worden ist, oder aber ob eine die ältere und richtige sei. Die Punktationssysteme können nicht als Beweise herangezogen werden, weil sie eben als Folge der mangelnden Kenntnisse des Hebräischen und in einer Zeit, in der schon verschiedene Aussprachen vorhanden waren, entstanden sind. Deshalb gibt es ja mehrere Punktationssysteme, die ihre Anfänge wohl im 6. Jahrhundert europäischer Zeitrechnung haben und in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts durch Ben-Naftali und Ben-Ascher ihren Abschluß finden. Nun hat Herr Dr. Suler übersehen, daß es griechische und lateinische Bibelübersetzungen gibt, deren Anfänge (bei der griechischen) ins 3. Jahrhundert vor der europäischen Zeitrechnung zurückreichen, mit anderen Worten in eine Zeit, in der das Hebräische noch Volkssprache war und in der noch die richtige Aussprache im Gebrauche war. Diese Uebersetzungen widergeben die hebräischen Orts- und Personennamen durch einfache Transkription und dadurch haben sie uns die richtige alte Aussprache bewahrt. Der Kirchenvater Origines (3. Jahrh. nach Chr.) hat sogar in seiner Hexopla den ganzen hebräischen Text der Bibel ins Griechische transkribiert. Wenn uns auch nur elf Psalme von diesem kostbaren Werke erhalten geblieben sind, so genügt dies, um zu erkennen, welches die richtige Aussprache ist. Ebenso hat der Kirchenvater Hieronymus (um 400 nach Chr.) eine Menge von hebräischen Worten in seine lateinische Schriften aufgenommen. Aber schon in den babylonisch-assyrischen Inschriften aus dem 6. und 7. Jahrhundert vor der europäischen Zeitrechnung kommen hebräische Orts- und Personennamen vor, deren Wiedergabe der heutigen sefardischen Aussprache entsprechen. Alle diese angeführten Quellen liefern den Beweis, daß in der sephardischen Aussprache sich wirklich die ältere und richtige Aussprache des Hebräischen erhalten hat. Ebenso ist die Vermutung des Herrn Dr. Suler, daß „die Einführung der sephardischen Aussprache im neuen palästinensischen Jischuw wahrscheinlich unter dem Einflusse der in Palästina wohnenden Sephardim" entstanden ist, unzutreffend. Es handelt sich überhaupt nicht um eine „Mode", sondern um eine historische und wissenschaftlich gerechtfertigte Wiederbelebung der hebräischen Sprache in ihren ursprünglichen Formen. Dies beweisen am deutlichsten folgende Tatsachen: 1. Der bekannte deutsche Humanist und tapfere Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit, Johannes Renchlin hat bereits im 15. Jahrhundert die Einführung des Sephardischen auf sämtlichen Fakultäten Deutschlands bewirkt. 2. Um 1848 ist in Prag ein Lehrbuch der hebräischen Sprache von E. Bondi unter dem Titel „torat sefat kodeš" erschienen. Dieses Buch, das unter anderem auch die Approbation des bekannten Predigers, Dr. Ad. Jellinek, besitzt und von dem schon im Jahre 1854 eine zweite Auflage erschien, verwendet ausschließlich die sephardische Aussprache. 3. Die modernen wissenschaftlichen Grammatiken und Lehrbücher der hebräischen Sprache anerkennen nur die sephardische Aussprache. Diesen Gelehrten wird kaum jemand vorwerfen wollen, daß sie „unter dem Einfluß der Sephardim" oder „aus Vorliebe für den schönen Klang" oder sogar „einer Mode wegen" an Stelle des aschkenasischen das sephardische Idion eingeführt haben. Eben die wissenschaftliche Erkenntnis der zahlreichen Gelehrten hat auch die Zionisten bewogen, die sephardische Aussprache anzunehmen. Es darf ja nicht daran vergessen werden, daß es innerhalb der zionistischen Bewegung eine heftige Polemik darüber gab, welche Aussprache eingeführt werden soll, und daß viele bedeutende Zionisten und Hebraisten zuerst für die aschkenasische Aussprache waren. Ich erinnere nur an den großen Bialik, dessen Gedichte zum Teile die aschkenasische Aussprache, ja sogar Betonung voraussetzen. Jede Sprache klingt schöner in der richtigen Aussprache. Schon darin liegt ein genügender Beweis für die Richtigkeit der sefardischen Aussprache. Gibt es denn eine Sprache auf der Welt, die in einer entstellten, wesensfremden Aussprache schön klingt? In der richtigen Aussprache aber hat jede Sprache ihren bestimmten Reiz, ja oft Zauber. Diesen Reiz aber verliert die hebräische Sprache aber in der aschkenasischen Aussprache. Vom pädagogischen Standpunkte aber ist es von eminenter Wichtigkeit, durch sprachlichen Schönklang das Interesse des Kindes auf die Schönheit der Sprache zu lenken und hiedurch auf die Begriffe und auf den Inhalt, den wir ihm mittels der Sprache vermitteln wollen.

Es soll hier betont werden, daß wir keine plötzliche Aenderung, sondern vielmehr einen sukzessiven, aber planmäßigen Uebergang im Auge haben. In den untersten Klassen sephardisch, in den anderen Klassen dagegen, soweit der Lehrer schon vorher nicht die Aenderung vorgenommen hat, aschkenasisch, wobei der Lehrer den Kindern langsam und durch häufige Uebungen auch die sephardische Aussprache beibringen kann. Im Gottesdienste dagegen bleibt vorläufig die aschkenasische Aussprache, allerdings kann und soll die Jugend die Brochot vor der Thora und das Maftir sephardisch sagen. Ebenso kann und soll in den Jugendgottesdiensten, wie es schon in vielen Gemeinden der Fall ist, die sephardische Aussprache benützt werden.

Rabbiner M. Ingber, Luhačovice.

Die Tradition der sephardischen Juden

Daß die Aussprache des a viele Nuancen hat, weiß jeder. Wer kennt nicht das deutsche jo oder Voter? Aber beim Hebräischen ist denn doch die Sache ganz anders. Die palästinischen jüdischen Gelehrten, welche die Septuaginta geschaffen haben, kennen nur Adam, Abraham und nicht Odom, Abrohom, obwohl die griechische Sprache ein langes und ein kurzes o besitzt, ebenso die Palästinenser Josephus! Auch die Evangelien kennen nur Amen, Cama und nicht Omen usw.! — Ferner steht fest, daß die sefardischen Juden die Tradition sorgfältig bewahrt haben, namentlich in der richtigen Betonung der Worte. Im Hebräischen heißt: boi (auf o betont) Komme (Imperativ), während boi (auf i betont) mein Kommen heißt (Infinitiv). Die Aschkenasim aber singen und sagen Freitag Abend: boi bescholaum! Anstatt also die Sabbat-Braut einzuladen, ihren Einzug bei uns zu halten, verkünden sie feierlich mein Kommen, o Braut! — Die hebräische Sprache kennt nur fünf Paar Vokale, je einer langen und einer entsprechenden kurzen. Dem Cholem, dem langen o (nicht au!) entspricht Kamez chatuf, kurz o; dem langen u (Schurek) entspricht kurz u (Kibbuz), ebenso lang und kurz i und e. Und so entspricht natürlich dem kurzen a (Patoch) ein langes á und nicht o!

Dr. J. Kahan, Znaim.

Beide Dialekte nebeneinander

Das in der „Selbstwehr" aufgerollte Problem der Einführung der sephardischen Aussprache in die Synagoge hat seinerzeit auch mich viel beschäftigt. Ich befürchtete, daß die zwei Dialekte den Schüler irgendwie verwirren konnten, aber die Erfahrung hat mich gelehrt, daß bei intensivem hebräischen Unterricht einerseits, andererseits bei täglich gewissenhaft verrichtetem Gebete die Kinder sich daran gewöhnen, beide Dialekte ohne jedwede Störung in gleichem Maße zu benützen. Ich unterrichte im hiesigen hebräischen Gymnasium Hebräisch und Geschichte, meine Schüler sprechen 5—6 Stunden täglich hebräisch im sephardischen Dialekt, doch ist mir seitens der Eltern niemals eine diesbezügliche Beschwerde zu Ohren gekommen. Das Gebet wird aschkenasisch verrichtet, um so mit der konservativen Judenheit den liturgischen Kontakt zu wahren, während sephardisch gesprochen wird, weil man in Palästina so spricht. Meiner Meinung nach ist es grundfalsch, von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser beiden Dialekte zu sprechen. Wir könnten nicht behaupten, daß der sephardische oder aschkenasische Dialekt nicht der richtige wäre, wenn wir genügende wissenschaftliche Belege hätten. Ich bin der Ueberzeugung, daß unsere Väter weder aschkenasisch, noch sephardisch gesprochen haben, ein Hebräer aus Deboras Zeiten würde zweifelsohne weder den sephardischen noch den aschkenasischen Juden verstehen, weil die hebräische Sprache in ihrer 3000jährigen Geschichte, sowohl phonetisch, wie auch verbal, in steter Gärung und Entwicklung gewesen war. Wenn heute die Juden Palästinas das Sephardische adoptierten, geschah dies aus rein praktischen Gründen; die aschkenasische Aussprache nämlich, mit ihren zahlreichen Haupt- und Nebendialekten hätte anstatt einer einheitlichen Nationalsprache zu einem wahrhaftigen Chaos geführt. Die sephardische Aussprache hingegen hatte verhältnismäßig viel wenigere Schattierungen. Der wissenschaftliche Standpunkt spielte dabei eine ganz wichtige Rolle, wenn auch unleugbar ist, daß die Vorkämpfer der hebräischen Renaissance der — meiner Meinung nach — irrigen Ueberzeugung waren, daß der sephardische Dialekt auch wissenschaftlich der einzig richtige wäre.

Prof. M. R., Užhorod.

Der Sieg des Sephardischen

Die in Presse und Vereinssitzungen sich immer wieder erneuernde Diskussion um die Einführung der sephardischen Aussprache in Gottesdienst und Religionsunterricht, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß es sich hiebei nicht um eine im Wesen eigentlich belanglose Frage der äußeren Form handelt, als die sie von mancher Seite gerne hingestellt wird, sondern, daß hier wirklich ein wichtiges Problem des jüdischen Lebens vorliegt. Daß der schulmäßige Religionsunterricht bei uns fast überall die aschkenasische, der private Sprachunterricht jedoch die sephardische Aussprache lehrt und daß der Gottesdienst diesem Umstande angepaßt sein müsse, bietet jedem der Streitteile für seinen Standpunkt ein sehr kräftiges Argument, das gewiß nicht bedeutungslos ist, entscheidend ist aber auch dieses nicht. Entscheidend ist und bleibt vielmehr einzig und allein die Tassache, daß die wunderbare Renaissance der hebräischen Sprache, die das hervorragenste Phänomen unserer gegenwärtigen Volkserneuerung ist, eindeutig die Entscheidung zugunsten des Sephardischen getroffen hat und daß im Zeichen dieser Entscheidung Erez Israel sephardisch spricht.

Von dieser nun einmal feststehenden Tatsache aus muß die Frage, um die es geht, nur so und nicht anders gestellt werden: „Soll der Gottesdienst lebendiger Bestandteil unseres nationalen Lebens sein oder hat er ein von der Entwicklung des jüdischen Geschehens unberührter Bezirk zu bleiben? Ist es Aufgabe der Synagoge ein Volkshaus, ein „beth hakeneseth" zu sein oder ist sie ein Museum, das durch Tradition ehrwürdig gewordene Formen zu konservieren hat?"

Ich glaube, es wird keinen ernst denkenden Juden geben, der auch nur einen Augenblick im Zweifel ist, wie allein die Antwort auf diese Frage zu lauten hat. Und dennoch, wie sieht es in Wirklichkeit aus? Von tiefster Bewegung wird unser Volk in dieser Zeit durchrüttelt, jeder Jude spürt die Schicksalsschwere der gegenwärtigen Entwicklung für unsere Gemeinschaft, er fühlt aber nicht nur die wachsende Welle des Hasses, er erkennt — ob er will oder nicht — auch die große Wendung unserer Geschichte durch die zionistische Idee. Nur eine ernste Stätte jüdischer Zusammenkunft gibt es, die keine Zeichen davon trägt, daß in unserem Volke so etwas wie eine neue Zeit anhebt: — der Tempel. Unberührt von dem Großen, dessen Werden wir verspüren, vollzieht sich in ihm der seit Jahrzehnten gewohnte Gang und wenn nicht gerade in der gelegentlichen Predigt, der Rabbiner mit mehr oder minderer Vorsicht gegenüber den nichtzionistischen Gemeindemitgliedern von unserer nationalen Wiedergeburt in Erez Israel spricht, merkt man in der Synagoge überhaupt nichts davon, daß heute in unserem Volke etwas vorgeht, das eine große Wende unseres nationalen Lebens bedeutet.

Darf die Sprache unserer Synagoge eine andere sein als die Erez Israels? Darf in unseren Tempeln anders hebräisch gesprochen werden, als in dem Lande, um dessen Wiedergewinnung an dieser Stätte täglich gebetet wird? Der Kampf um dieses Land ist die jüdische Schicksalsfrage unserer Zeit, auf dem Wege dieses Kampfes ist die Rückeroberung unserer Sprache wunderbar geglückt. Sprechen wir diese Sprache, so, wie sie uns neu erstanden ist, in unseren Tempeln und es wird dies ein erstes Symbol dafür sein, daß etwas von dem Weben des Neuen, des Kommenden auch an jener Stätte zu uns spricht, die ihrem Sinne nach den Juden in höchster seelischer Erhebung finden soll.

Darüber hinaus hat unser Problem aber auch noch ein zweites höchst praktisches und gerade für die Synagoge sehr bedeutungsvolles Gesicht. Der zwar bei uns leider noch langsam, aber stetig einsetzende Siegeszug des Hebräischen vollzieht sich eindeutig in der Form der sephardischen Aussprache. Die so Lernenden werden bald überhaupt die einzigen in den Gemeinden sein, die in der Lage sind, die Worte unseres Gottesdienstes zu verstehen. Heute hat ja schon die weitaus überwiegende Zahl der Beter keine Ahnung von dem Sinn der Worte, die sie gewohnheitsgemäß, oft sogar auswendig, zum großen Teil in rasendem Tempo heruntersagen. Kann es nun ein wünschenswerter Zustand sein, daß der Gottesdienst sich der Aussprache jener bedient, die seine Worte nicht verstehen, während die die Sprache Beherrschenden im Leben anders reden als an dem Orte, der einen Höhepunkt jüdischen Lebens zu bieten berufen ist? Nein, sie kann es nicht, vor allem nicht — und das übersehen die Anhänger des Aschkenasischen — für die Synagoge. Das Sephardische hat nun einmal den Sieg errungen, warum sich also vollkommen zwecklos dagegen stemmen? Weil uns ein anderer Klang ein Leben lang gewohnt war? Wir haben um der Idee der Erneuerung des jüdischen Volkes willen in unserem Leben schon auf manch anderes verzichtet, was uns ehedem vielleicht einmal sehr wichtig erschien.

Daraus ergeben sich nun auch für den Schulunterricht ganz klare Konsequenzen: bei Erlernung einer neuen Sprache und ihrer Zeichen ist am Anfang die Aussprache geradezu die Hauptsache. Den Kindern soll das Hebräische als lebende Sprache, als die lebende Sprache ihres Volkes entgegen gebracht werden, dann werden sie sie auch lernen und lieben lernen. Das kann aber nichts anderes heißen, als daß die Kinder den Unterricht, wo immer sie ihn erhalten, in jener Aussprache zu empfangen haben, die heute die offizielle Aussprache unseres Volkes in seinem Lande ist. Darüber ist überhaupt kein Wort zu verlieren. Die Folgerung für den Tempel ist dann über den oben behandelnden Aspekt hinaus auch aus rein praktischem Gesichtspunkten von selbst gegeben.

Dr. Felix Seidemann (Teplitz-Schönau).

Die alte „Habara"

In einem instruktiven Aufsatz der „Selbstwehr" bricht Herr Dr. Suler eine Lanze für die Beibehaltung der aschkenasischen Habara (Aussprache) in der Liturgie. Herr Dr. Suler sagt an einer Stelle: „Für die Herrschaft der sephardischen Aussprache in Palästina fehlen jegliche Belege, sowohl was das Altertum als was das frühere Mittelalter betrifft usw." Ich beabsichtige nicht, Aufklärung für diese Studie zu geben, habe aber den Vorzug, aus dem Munde eines Berufenen eine Definition über die Entstehung der sephardischen Habara in den neuen Siedlungen von Erez Israel zu geben. Im Sommer 1934 besuchte ich in Marienbad einen zionistischen Abend, bei welchem der Bürgermeister von Tel Awiw, Herr Dizengoff, einen Vortrag über Entstehung und Entwicklung dieser einzigartigen jüdischen Stadt hielt. Ueber die Erhebung des Hebräischen als Umgangssprache berichtete Dizengoff: „Man ging daran, in der Nähe Jerusalems eine Stadt zu bauen, wo sämtliche Juden, die sich in der heiligen Stadt beengt fühlten, Expansion finden mögen. Es herrschte hiebei eine babylonische Sprachenverwirrung: jiddisch, deutsch, russisch, polnisch, bucharisch usw. vermengten sich zu einem Chaos; und man sagte sich: Ein Quentchen Hebräisch versteht jeder Jude — also werden wir diese Sprache kultivieren. Es herrschte damals eine beneidenswerte Einmütigkeit, wie zu keiner Zeitepoche mehr. Die weit überwiegende Majorität bildeten die Sephardim und niemandem kam in den Sinn, irgendwie zu opponieren, denn schließlich war es für die Hebraisten der russischen Bilui-Pioniere ein Kinderspiel, anstatt Kamez Patach auszusprechen; und so erhob man (ganz zufälligerweise) die sephardische Habara zur Favoritin." — Jüngst sprach ich in Franzensbad mit einem Rabbiner einer polnisch-jüdischen Großgemeinde über die sephardische Habara in halachischer Hinsicht und äußerte jener wie folgt: „Ich weilte wiederholt in Erez Israel und habe wahrgenommen, daß die aschkenasischen Glaubensbrüder, obwohl sie vorzüglich die sephardische Konversation beherrschen, im Gottesdienste ihre „alte Habara" gebrauchen. In der Liturgie wird die „alte Habara" für unabsehbare Zeiten ihre Vorherrschaft behalten." Die Bilui-Pioniere der Achtzigerjahre sprachen ihre geläuterte hebräische Sprache mit der aschkenasischen Habara.

Oberkantor Armin Wilkowitsch, Eger.

PALÄSTINA-WIRTSCHAFT

Eisenbahnverkehr im Betriebsjahr 1935/36. Jerusalem (Palnews). Der Passagier- und Güterverkehr auf den palästinensischen Bahnen hat sich im Betriebsjahr 1935/36 (1. IV. 35 bis 31. III. 36), dessen abschließende Ziffern soeben im Commercial Bulletin veröffentlicht werden, gegenüber dem Vorjahr insgesamt etwas erhöht. Diese Erhöhung ergibt sich aus dem gesteigerten Verkehr im ersten Teil des Betriebsjahres, während dieser im letzten Quartal erheblich zurückgegangen ist. Trotz der etwas erhöhten Gesamteinnahmen ist der Bruttoüberschuß erheblich zurückgegangen, da sich die Betriebsausgaben beträchtlich steigerten. Für das letzte Quartal des Betriebsjahres 1935/36 (1. [illegible] s 31. III. 36) ergibt sich jedoch ein erh[illegible] kehrsrückgang.

✣

Der palästinensische Hafenverkehr im 1. Quartal 1936. Haifa (Palnews). In dem den Unruhen vorausgehenden 1. Quartal 1936, in welchem noch ein normaler Hafenverkehr bestand, hat sich der Schiffs- und Güterverkehr in den palästinensischen Häfen gegenüber dem Vorjahr rückläufig entwickelt. Die Zahl der in Jaffa und Haifa ankommenden Dampfer reduzierte sich von 813 auf 805, die ankommende Tonnage von 2.07 auf 1.76 Millionen Tonnen. Während sich Zahl und Tonnage der ankommenden Dampfer in Jaffa etwas erhöht haben, macht sich in Haifa ein Rückgang besonders der Tonnage der ankommenden Dampfer geltend. Der fast 22%ige Rückgang der in Haifa ankommenden Dampfertonnage erklärt sich vor allem daraus, daß die großen im Vorjahr verkehrenden Touristendampfer in diesem Jahre nicht in den Verkehr eingesetzt wurden.

✣

Die General Mortgage Bank of Palestine, Ltd., hat beschlossen, am 1. September 1936 für das Geschäftsjahr 1936 eine Zwischendividende von 3 Prozent auf alle Arten von Aktien auszuzahlen. Es ist dies das erstemal, daß die Bank eine Zwischendividende nicht nur auf Vorzugsaktien, sondern auch auf Stammaktien zahlt.

Ein jüdisches Flugblatt an Araber

(Von unserem palästinensischen Korrespondenten.)

Zu einer direkten Fühlungnahme zwischen Juden und Araber ist es während der Unruhen nur in wenigen Ausnahmsfällen gekommen. Der Tel-Awiwer Bürgermeister Dizengoff hatte sich anfangs Mai in einem arabischen Flugblatte an die arabischen Bürgermeister im Lande gewandt und darin die gefälschte Wiedergabe einer seiner Reden im Tel-Awiwer Stadtrat durch die arabische Presse aufgeklärt. Seitdem ist fast nichts auf diesem Gebiete der direkten Aufklärung geschehen. Die so oft und dringlich geforderte jüdische Zeitung in arabischer Sprache ist noch nicht erschienen, es heißt, daß die Vorarbeiten zu ihrer Herausgabe bereits weit gediehen sind. Nun haben in der vergangenen Woche die bei dem von der Regierung durchgeführten Baue eines Staudammes am Südende des Tiberias-Sees beschäftigten jüdischen Arbeiter gemeinsam mit der jüdischen Siedlung des Ernek Hajarden einen in arabischer Sprache abgefaßten Aufruf unter den streikenden arabischen Arbeitern verteilt. Diese hatten gegen die jüdischen Arbeiter den Vorwurf des „Streikbruches" erhoben. Daraufhin antworteten ihnen die jüdischen Arbeiter:

„Ihr wißt, daß die jüdischen Arbeiter nicht einen Streik brechen, dessen Ziel die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter ist. Ihr wißt, wie sehr die jüdischen Arbeiter den streikenden Arbeitern des arabischen Unternehmens im Steinbruch „Nesher" geholfen haben. Auch in anderen Fällen haben wir Euch geholfen. Aber es gibt überhaupt keine Beziehung zwischen diesen Streiks und Eurem jetzigen. Euer jetziger Streik will uns und alle Juden schädigen. Was ist Euch Böses von den Siedlern Daganias, Kinerets und Bet Seras im Laufe der vielen Jahre widerfahren in denen wir Nachbarn sind? Hat Euch das Rutenberg-Werk geschädigt, das vielen hunderten von Euch Arbeit gab? Und jetzt, da der Steinbruch „Nesher" aus arabischen in jüdische Hände überging, seht, wie groß der Nutzen davon auch für die arabischen Arbeiter war! Die Löhne sind gestiegen und die Zahl der Arbeitsstunden ist gefallen. So verhält es sich überall, wo jüdische und arabische Arbeiter gemeinsam arbeiten, z. B. in den Steinbrüchen „Emen we Sid". Im Hafen in Haifa und auch bei den Bauarbeiten der Stadtgemeinde Haifa wird nicht gestreikt. Die arabischen Kaufleute streiken nur nach außen und verkaufen durch Hintertüren ihre Waren. Warum streikt Ihr, ihr Armen? Eure Führer, die im Reichtum leben und in die Sommerfrischen fahren, wollen Euch einreden, die Juden kamen, um Euch zu vertreiben und Euch Euren Boden und Besitz zu nehmen. Warum glaubt Ihr solche Lügen? Wir rufen Euch zu: „Kehrt zur Arbeit zurück und setzt sie mit uns gemeinsam im Frieden fort!"

„Diplomatischer Druck" auf den Kongreß

Genf. Das Exekutivkomitee des Jüdischen Weltkongresses befaßte sich zu Beginn der Hauptaussprache mit einem Vorschlag, die Debatte überhaupt abzubrechen, nachdem eine Reihe Länderdelegationen infolge des seitens der diplomatischen Vertretungen der betreffenden Länder auf sie ausgeübten Druckes, nichts Ungünstiges zu berichten, sich in ihrer Berichterstattertätigkeit gehemmt fühlen. Insbesondere sind es die polnische, die rumänische, die österreichische, die litauische und die lettländische Delegation, die erklärten, sie seien aus ersichtlichen Gründen nicht in der Lage, über die Situation der Juden in ihren Ländern die ganze Wahrheit zu sagen. Die Exekutive kam zu dem Beschluß, die Generaldebatte dennoch fortzuführen, aber ihr einen allgemeinen Charakter zu geben, so daß über die Lage der Juden in den erwähnten Ländern keine Sonderangaben erfolgen.

*

Praktische Vorschläge zum Schutz der Juden

Im Verlauf der Hauptaussprache ergriff der Delegierte der Tschechoslowakei F. Jellinek das Wort, um einige konkrete Vorschläge zu begründen. Er sprach über die Art, wie der Weltkongreß den Schutz der Juden praktisch organisieren sollte und sprach sich für die Dezentralisierung dieses Schutzes auf die einzelnen Staaten aus.

Er sagte: Hauptaufgaben des Kongresses sind: Schaffung von zentralen Institutionen, welche die jüdische Tätigkeit koordinieren. Der Kongreß soll einen ständigen Rat bestimmen, der 2 bis 3 mal jährlich zusammentritt und die Tätigkeit der Kommissionen prüft und neue Richtlinien festlegt. Der Kongreß soll sich als Organ der jüd. Gemeinschaft deklarieren. Mitglied der jüd. Volksgemeinschaft ist diejenige Person, die ein Identitätspapier der „jüd. Gemeinschaft besitzt. Automatisch sind die Mitglieder aller Kultusgemeinden, und dort, wo es keine öffentlich rechtlichen jüdischen Kultusgemeinden gibt, eben die Angehörigen der Synagogengemeinden, Mitglieder der jüd. Gemeinschaft. Die Legitimationen sind von den Bureaux des Jüd. Weltkongresses auszugeben. Zur Bestreitung der Kosten, die diese alljüdische Weltrepräsentanz erfordert, wäre eine Abgabe nach der Vermögenslage der Mitglieder einzuheben. Nach der Lage der Dinge kann diese Abgabe natürlich nur freiwillig geleistet werden, aber es müßte doch ein gesellschaftlicher Druck dahin ausgeübt werden, daß die Leitung auch tatsächlich geschieht. Der Kongreß besitzt in allen Staaten Sekretariate, welche in den größeren Siedlungen Funktionäre unterhalten. Außerdem besitzt der Kongreß ein Zentralsekretariat, welchem die Landessekretariate die Ergebnisse ihrer Tätigkeit mitteilen und welches auf Grund dieser Ergebnisse die Aktionen des Jüd. Weltkongresses vorbereitet. Notwendig ist die Schaffung eines jüdischen Arbeitsamtes und Wirtschaftsamtes, Wanderungsamtes, Zentralverlages, Propagandainstituts, für Film, Presse, Radio, Statistischen Amts, Politischen Bureaus, Jüd. Bank- resp. Versicherungsinstitutes, Keren Hajessod für die Diaspora (Bereitstellung von Mitteln und Werkzeug bei landwirtschaftlicher und handwerklicher Existenzgründung), Gründung einer jüdischen Sommeruniversität.

Der Kongreß soll insbesondere: Ausgangspunkt zu einer koordinierten Politik des Judentums auf allen Gebieten bilden. Obwohl bisher nur als Vertretungskörperschaft eines Teils der Judenheit soll er sich von dem Prinzip leiten lassen, im Laufe der Zeit durch Bewährung die anfänglichen Widerstände zu überwinden und die bisher abseits stehen, zur Mitarbeit zu gewinnen. Der Jüdische Weltkongreß muß aber auch an die gesamte Kulturwelt eine ausführliche Botschaft richten, in der die Judenfrage und die Einstellung des Judentums zu den Weltdingen klargelegt sein muß. Insbesondere muß nachdrücklichst hingewiesen werden: auf den katastrophalen Schaden, den Kultur- und Wohlstand der Welt durch den Weltantisemitismus erleiden. Das Judentum ist ein Faktor, der Frieden, Freiheit und Wohlstand gründet. Eine mehrtausendjährige Geschichte hat gelehrt, daß dies nicht nur die göttlichen Geheiße sind, die dem Judentum seit Urzeiten aufgetragen erscheinen, sondern daß das Judentum auch das Talent besitzt, diese Postulate zu verwirklichen.

Jellinek ersuchte den Kongreß, in dieser Frage eine keineswegs in scharfer, sondern in sachlicher Form gehaltene Resolution zu genehmigen, vor allem soweit es sich um den Antisemitismus in Deutschland handelt. Zum Schluß machte Jellinek auf die Notwendigkeit des demokratischen Lebens der Juden aufmerksam und behandelte die praktische Sendung des Jüdischen Weltkongresses. Seine praktischen Vorschläge werden von den zuständigen Kommissionen geprüft werden.

M. L. Perlzweig antwortet Sir Neill Malcolm

Einer Aufforderung des Präsidiums des Kongresses folgend, antwortet Rev. M. L. Perlzweig als Mitglied der englischen Delegation auf die Ausführungen des Hochkommissars Sir Neill Malcolm. Nachdem er diesem für seine freundlichen Worte gedankt hatte, erklärte er: Wir können es verstehen, daß der Völkerbund das Oberkommissariat für Auswandererfürsorge einem Engländer anvertraut hat, denn in England besteht seit langem **eine ehrenhafte Freundschaft zum jüdischen Volk. Dieses fühlt sich englischem Geist so eng verknüpft, daß es manchmal die Rolle der „Opposition Sr. Majestät gegen die Regierung Sr. Majestät" übernimmt; niemals aber kann es zu einem Bruch** zwischen den beiden Völkern kommen, denn sie sind zu tief und unwiderruflich in einer gemeinsamen ehrenvollen Aufgabe verbunden. Mit Sorge und Hoffnung blickt das jüdische Volk der ganzen Welt auf das Volk Großbritanniens. Wir, die wir die jüdischen Gruppen in einem Lande der Freiheit und Gleichheit vertreten, haben durch unsere Anwesenheit auf diesem Kongreß unsere Entschlossenheit bekundet, die kleinmütige Doktrin der „splendid isolation" hinter uns zu lassen. Wir glauben an den Grundsatz der kollektiven Sicherheit für das jüdische Volk und im Namen dieses Grundsatzes werden wir vorwärts schreiten.

Der bekannte jüdische Publizist W. Latzky-Bertoldi, einst Minister für jüdische Angelegenheiten in der demokratischen Regierung der Ukraine, hielt im Plenum des Kongresses das Referat über die jüdische Situation in den Ländern der Sowjetunion.

Die Palästina-Debatte

Genf, 12. August. Am Dienstag, 11. August, abends, hielt der Jüdische Weltkongreß eine Sitzung ab, die ganz der Palästina-Frage gewidmet war. Sämtliche Redner stellten fest, daß das Jüdische Nationalheim in Palästina von allen Mächten der Welt garantiert, vom Völkerbund in Obhut genommen und Großbritannien zur Verwaltung übergeben worden war; daß demnach eine Störung des Aufbaus des Nationalheims etwa durch Einschränkung der jüdischen Einwanderung und des Bodenkaufs einen Bruch des Mandats und des dem jüdischen Volk gegebenen Versprechens bedeuten würde.

Die Redner stellten weiter fest, daß gemäß der Balfour-Deklaration und dem Mandat das jüdische Volk das Recht hat, seine Massen bis zur Grenze der Aufnahmefähigkeit Palästinas im Lande anzusiedeln, wo sie sich frei entwickeln können. Durch die jüdische Arbeit im Lande werde kein Araber beeinträchtigt, im Gegenteil: Kapital und Arbeit der Juden haben den Arabern neuen Wohlstand gebracht und den arabischen Arbeitern angemessene Löhne und einen höheren Lebensstandard verschafft.

Sämtliche Redner appellierten an die britische Mandatarmacht, das ihr anvertraute Mandat über Palästina dem Wortlaut und dem Geiste nach zu erfüllen, die jüdische Einwanderung und die jüdische Aufbauarbeit zu erleichtern und die friedlichen jüdischen Arbeiter gegen die Elemente der Wüste in einer Weise zu schützen daß allen weiteren Unruheversuchen vorgebeugt wird.

Weltverband der jüdischen Jugend berät in Genf

Genf. Am 12. und 13. August tagt in Genf eine Konferenz von Vertretern der verschiedenen jüdischen Jugendorganisationen unter der Leitung des Präsidiums des Weltverbandes der jüdischen Jugend.

Die Konferenz wird sich mit der Lage der jüdischen Jugend in allen Ländern befassen und über Maßnahmen zur Erleichterung dieser Lage beraten und beschließen. Auch soll über die Verbreiterung der Basis des Weltverbandes der jüdischen Jugend beraten werden. Der Verband will dem Jüdischen Weltkongreß in Genf Materialien über die Nöte der jüdischen Jugend unterbreiten und ihn zu Beschlußfassungen veranlassen. Der Verband wird sich auch mit aktiver Propaganda für den Jüdischen Weltkongreß als ständiger Judentums-Organisation befassen. Er wird sich bestreben, unter der Jugend den Geist aktiver Kameradschaft zu stärken.

AC.-Session in Zürich

London. Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, hat die Zionistische Exekutive nach Befragung der Mitglieder des AC. endgültig beschlossen, daß die diesjährige ordentliche AC.-Session am 25. August in Zürich eröffnet werden soll.

Bruno Walter — abgelehnt!

Oft hatten wir Gelegenheit, uns mit dem Antisemitismus des sudetendeutschen Tagblattes „Die Zeit" zu beschäftigen, der weder auf Logik noch auf Vernunft basierte, den einzig eine hämische Gehässigkeit und tendenziöse Politik diktierten. Ueber Bruno Walter als Dirigenten und insbesondere als Interpreten Mozartscher Musik zu sprechen, hieße „Eulen nach Athen tragen". So ist es denn wirklich nicht schwer, den wahren Sinn der Kritik zu erkennen, mit der „Die Zeit" Bruno Walter als musikalischen Leiter des „Don Giovanni" bei den Salzburger Festspielen bedenkt. Der Rezensent stellte fest: „Als Mozart-Dirigent konnte Bruno Walter, der dem bei aller italienischen Leichtigkeit doch tiefinnerlich deutschen Wesen Mozarts nicht gerecht zu werden vermochte, nicht befriedigen." Die Leser der „Zeit" werden hoffentlich am „tiefinnerlich deutschen Wesen" ihres Musikkritikers trotz seiner mangelhaften deutschen Sprachbeherrschung nicht zweifeln; zumal er seine Aufgabe erfüllt, die Ideologie des Dritten Reiches zu verkünden. -o-

26. Dezember: Erstes Toscanini-Konzert in Palästina

Wien. Wie dem Wiener JTA.-Vertreter mitgeteilt wird, ist das Eröffnungskonzert des großen Palästina-Orchesters Bronislav Hubermans für den 26. Dezember dieses Jahres festgesetzt worden. Die ersten vier Konzerte wird Toscanini dirigieren. Eines der Toscanini-Konzerte ist für die Arbeiterschaft Palästinas bestimmt. Daran wird sich eine Tournee durch Aegypten anschließen. Beim nächsten Programm wird man Generalmusikdirektor Steinberg am Dirigentenpult sehen. Adolf Busch wird erst bei diesem zweiten Programm als Solist mitwirken. In derselben Saison wird Issay Dubrowen einen Monat lang das Orchester dirigieren, um dann wieder von Generalmusikdirektor Steinberg abgelöst zu werden.

Bronislav Huberman wird seine Lehrtätigkeit an der Wiener Staatsakademie, die er schon vor etwa sechs Monaten unterbrochen hat, nicht wieder aufnehmen, da ihn seine verschiedenen künstlerischen Aufgaben sowie seine Organisationsarbeit beim Aufbau des Palästina-Orchesters viel zu sehr in Anspruch nehmen. Er hält sich gegenwärtig in der Čechoslovakei auf.

LITERATUR

Alfred Wolfenstein: „Die gefährlichen Engel". Es ist erstaunlich, mit welcher Vollendung ein so ausgesprochen lyrisches Talent wie Alfred Wolfenstein die Gesetze der Prosa kennt, so daß ihm das Schaffen der Kurzgeschichte in deutscher Sprache glückte. Diese „Dreißig Geschichten", in klarer Prosa meisterhaft vorgetragen und würzig pointiert, geben für ein in deutscher Sprache erzähltes Buch etwas völlig Neues. Bisher war die „Kurzgeschichte" nichts anderes als eine Novellette. Wolfenstein jedoch hat eine neue Kunstgattung geschaffen. Seine Kurzgeschichten sind nicht einzureihen; eine jede von ihnen ist ein selbständiges Kunstwerk, dessen Thema als Vorwurf auch für einen Roman Stoff genug ergeben hätte. Der Reiz der Wolfensteinschen Geschichten, die durchweg spannend, ja dramatisch sind, liegt in ihrer Kürze, die erschöpfend ist. Nur ein Meister des Wortes und ein Menschenkenner vermochte es, sie so niederzuschreiben, daß außer dem tatsächlichen Geschehen das Psychologische gedeutet und erfaßt ist, daß das Atmosphärische uns umwittert. In jede dieser Kurzgeschichten ist eine Welt, vollkommen im Irrationalen und Transzendenten, transparent und erdennah aufgefangen. Ein fesselndes, unterhaltsames Buch, das den Leser bannt. Es dürfte mit seiner Fülle an Geschehnissen und Schicksalen kaum seinesgleichen haben. Heinz Stroh.

Zwei Jubilare

Dr. Siegmund Birnstein

In diesen Tagen begeht Obergerichtsrat Doktor Siegmund Birnstein das Fest seines 60. Geburtstages. Die zionistische Oeffentlichkeit hat allen Anlaß, an dieser Tatsache nicht achtlos vorüberzugehen. Denn es sind gute 40 Jahre — wahrscheinlich noch mehr — intensivster zionistischer Arbeit in den verschiedenen jüdischen und zionistischen Gremien, in einer Reihe zionistischer Ortsgruppen, in der zionistischen Zentralinstanz, in welche er berufen wurde. Und überall war und ist der Jubilar mit jugendlichem Elan und kompromißlos mit dem Ernste und der Besonnenheit des erfahrenen zionistischen Politikers tätig. Mit der Achtung, die seinem hohen richterlichen Berufe entgegengebracht wird, verbindet sich die Verehrung für eine seltene Persönlichkeit. Ein Stück zionistischer Geschichte, ein nachahmenswertes Beispiel für unsere Jugend: Mitbegründer der jüdisch-akademischen Ferialverbindung „Geullah" in Olmütz — die ersten Jahre zionistischen Auftretens, Ung.-Brod, Mistek u. a., Jahre des Kampfes, Neu-Titschein, wo Birnstein 13 Jahre wirkte, die Periode konstruktiver zionistischer Arbeit und zionistischer Sorgen. Schließlich Brünn, wo Dr. Birnstein eine festorganisierte zionistische Ortsgruppe begründete, der er viele Jahre als Vorsitzender vorstand und allen wichtigen politischen Aktionen der Nachkriegszeit — in Karpathorußland ebenso wie in den historischen Ländern — führend teilnahm. Ein Zionist alten Schlages, diszipliniert und opferbereit!

Die zionistische Oeffentlichkeit dieses Staates übermittelt dem jugendlichen Jubilar die herzlichsten Glückwünsche.

✦

Die Brünner Zionisten beschlossen zum Zeichen des Dankes, ihrer Wertschätzung und Verehrung Dr. Siegmund Birnstein in das Goldene Buch des Keren Kajemeth Leisrael einzutragen.

Dr. Walther Kohner

Am 13. August wurde Dr. Walther Kohner, Karlsbad, 50 Jahre alt — eine Nachricht, die wohl auch seine intimsten Freunde überraschen wird. Denn selten sieht man jemandem die Jahrhundertwende so wenig an, wie unserem jüngsten zionistischen Jubilar. Dr. Kohner steht seit seiner frühesten Jugend in der zionistischen Bewegung. Längst schon ist seine Bedeutung im gesamten tschechoslowakischen Zionismus anerkannt, und diese Anerkennung fand ihren organisatorischen Ausdruck in der Wahl Dr. Kohners zum Vorsitzenden des Landeskomitees. Vorher hatte er sich — man darf ruhig sagen: in der ganzen jüdischen Welt — einen klangvollen Namen dadurch geschaffen, daß durch seine einfallsreiche und unermüdliche Arbeit Karlsbad geradezu zur zionistischen Musterortegruppe wurde. Die Tätigkeit der Ortsgruppe Karlsbad unterliegt der Kontrolle von tausenden Zionisten aus aller Herren Länder, die dort Heilung und Erholung suchen. Alle diese Menschen haben sich daran gewöhnt, den Karlsbader Zionismus und die berühmten Ortsgruppenabende als Werk Dr. Kohners anzusehen. Zu seinen Verdiensten gehört es auch, daß er es verstand, organisatorisch fähige Menschen als Nachfolger heranzuziehen, so daß er sein Interesse nicht mehr allein auf seine Heimatsortsgruppe konzentrieren muß, sondern sich seit Jahr und Tag schon der Landesorganisation und speziellen Fragen der Weltorganisation — er gilt in London und Jerusalem als Experte für Reorganisierung des Zionismus im Weltmaßstab — widmen kann. Dr. Kohners jugendliche Energie zeigt sich auch darin, daß er in ganz kurzer Zeit das Hebräische so erlernte, daß er heute in hebräische Debatten fließend eingreifen kann. Er machte schon in jungen Jahren auf sich aufmerksam, als er, damals war David Wolffsohn Präsident der zionistischen Organisation, eine Neuauflage des Protokolles des ersten Zionistenkongreßes veranstaltete. Dieses Buch, herausgegeben von der Prager „Barissia", ist vergriffen und das Sehnsuchtsziel vieler zionistischer Sammler. Doktor Kohner hat vor einigen Jahren, ebenfalls im Rahmen der Prager zionistischen Studentenverbindung „Barissia", der er mit großer Liebe noch heute angehört, die Herausgabe einer „Schriftenreihe zur Diskussion des Zionismus" begonnen, in der eine ganze Reihe sehr wichtiger Broschüren erschienen sind. Last but not least muß erwähnt werden, daß die populäre Imi-Tasche des KKL., und zwar sowohl in der Idee als auch in der Ausführung, ein Werk Doktor Kohners ist. Es würde überhaupt zu weit führen, wenn man die Verdienste des jüngsten Fünfzigers einzeln aufzählen wollte; die bisherigen Beispiele mögen genügen, um die zionistische Kraftquelle Dr. Kohners in das gebührende Licht zu setzen. Wir würden Dr. Kohner, der unseren Lesern aus seinen sehr beachtlichen Aufsätzen bekannt ist, wünschen, daß er auch im Verlaufe der nächsten 50 Jahre in seiner zionistischen Energie, in seinem unbändigen zionistischen Impetus, in seiner zionistischen Phantasie der alte, nämlich der junge, bleiben möge. —r

Jehuda Chorin:

Stand und Aussichten der Mittelstands-Kolonisation in Palästina

Herr Jehuda Chorin, Direktor des Yakhin, gewährte unserem Korrespondenten in Mähr.-Ostrau ein Interview, welches unsere Leser, die sich mit der Frage ihrer Ansiedlung in Palästina befassen, interessieren dürfte. Wie bereits mitgeteilt, sind in der CSR. Bestrebungen zur Schaffung einer Gesellschaft für Mittelstandskolonisation von Tschechoslowaken in Palästina vorhanden.

Wie groß ist der Umfang und wie ist die Lage der Privatkolonisation der letzten Jahre in Palästina?

Bei der Entwicklung der jüdischen Landwirtschaft in Palästina hat die Privat-Initiative in den letzten Jahren eine ganz bedeutende Rolle gespielt. Die großen Erfolge der nationalen Kolonisten waren beispielgebend für den Mittelstand, der in den letzten 8 bis 10 Jahren in größerer Zahl nach Palästina übersiedelte und sich immer stärker für die Landwirtschaft interessierte. Zum Unterschied jedoch von der gemischten Wirtschaft im nationalen Kolonisationssektor diente bei der Privatwirtschaft der Orangenbau als Hauptgrundlage. Im Jahre 1935 betrug die Bodenfläche des jüdischen Orangenbaues gegen 10.000 Dunam. Sie stieg im Jahre 1935 auf 160.000 Dunam; das bedeutet eine 16fache Vergrößerung binnen 10 Jahren. Diese ausgedehnte Plantagenwirtschaft beeinflußte stark die allgemeine Wirtschaftslage im Lande. Das gesamte in diesen Wirtschaften investierte Privatkapital erreichte im Laufe der letzten Jahre etwa 15 Millionen Pfund; eine große Anzahl von Kolonien im Sharon sind neu geschaffen worden, der Bodenbesitz und die Zahl der Bewohner in fast allen alten Kolonien ist gestiegen und auch auf dem Gebiete der Arbeit sind neue Möglichkeiten erschlossen worden. Dies gilt besonders im ersten Jahre der Gründung, wo tausende jüdische Arbeiter Beschäftigung fanden. Die große Bedeutung der Plantagenwirtschaft kann erst erfaßt werden, wenn man die Entwicklung dieses Zweiges in den Jahren in Betracht zieht, sobald alle Pflanzungen Frucht zu tragen beginnen. Der Export von Orangen aus den jüdischen Pflanzungen wird in 4 bis 5 Jahren die Zahl von 12 bis 15 Millionen Kisten betragen gegenüber einer Million Kisten im Jahre 1925/26), und wird das wichtigste Exportprodukt der jüdischen Landwirtschaft in Palästina darstellen. Wenn es gelingt, die jüdischen Kolonisten zu veranlassen, bei allen Arbeiten, begonnen von der Bepflanzung der Pardessim bis zur Ernte und Verpackung der Frucht nur jüdische Arbeiter zu beschäftigen, so bedeutet das, daß mit der Zeit die Pflanzungsindustrie eine Anzahl von 20.000 Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigen wird. Dies bedeutet eine Vervierfachung der bis nun in diesem Zweig verwendeten Arbeiter. So wird es klar, welche Bedeutung die Plantagenwirtschaft für die allgemeine Entwicklung des Landes in den letzten Jahren besaß, doch muß gleichzeitig auf gewisse negative Erscheinungen hingewiesen werden, die diese Entwicklung stören und die Bedeutung dieses landwirtschaftlichen Arbeitszweiges herabmindern:

a) der anarchische Bodenkauf, dessen Folge Spekulation und Bodenteuerung war, die den Preis des ländlichen Bodens auf eine abnormale Höhe brachten,

b) die Planlosigkeit beim Aufbau der neuen Siedlungen und übermäßige Verschuldung, die die ökonomische Lage der Kleinkolonisten und neuen Siedlungen sehr schlecht beeinflussen,

c) eine große Zahl der Wirtschaften ist hauptsächlich auf der Basis einer Monokultur errichtet worden, ohne Platz für Entwicklung anderer landwirtschaftlicher Zweige zu lassen. Dies wird der Wirtschaft gefährlich im Momente, wenn die Orangen kleinere Einnahmen bringen, als vorausgesehen wurde.

d) In den letzten 2 bis 3 Jahren haben einige Kolonisten unter Mißbrauch zeitweiliger Schwierigkeiten in Palästina jüdische mit billigerer arabischer Arbeit vertauscht. Diese Erscheinung, die den Wert der Pflanzungen als nationalen, wirtschaftlichen Faktors verkleinerte, hat auch die ökonomische Lage im Ganzen dadurch verschlechtert, daß sie die Position der jüdischen Arbeiter in diesen Kolonien schwächte.

Wie verhält es sich mit der Rentabilität der Orangenpflanzungen?

Als sich in den letzten Jahren das Interesse an der Kolonisation verstärkte, wurde die Orangenpflanzung als der am meisten rentable Zweig der Landwirtschaft in Palästina angesehen. Aber in Ueberschätzung des Ertrages war man der Annahme, daß die Investierung von einigen 100 Pfund für die Anlage von 10 bis 20 Dunam genügt, um den Lebensunterhalt zu garantieren, auch in dem Falle, daß die Bearbeitung durch Lohnarbeiter erfolgt. Diese Vorstellung war selbst für jene Zeit falsch, als die Preise der Orangen hochstanden; dies gilt besonders jetzt, da die Preise gefallen sind. Der Fehler der Rentabilitätsrechnung beruht auch darin, daß bei einer raschen Vermehrung der jungen Pflanzungen die Preise der Früchte in der ersten Zeit weniger gut sind als die alter Gärten. Trotzdem muß hervorgehoben werden, daß die Lage des Marktes und der Preise nicht so arg ist, wie man nach den weit verbreiteten Klagen annehmen müßte; tatsächlich waren die Bedingungen des Verkaufes in der letzten Saison über alle Voraussagen. Die Preise bewegten sich zwischen 3 bis 4 Shilling pro Kiste junger Früchte und 5 bis 6 Shilling alter Frucht. Auch die Zukunftsaussichten sind nicht schlecht, wenn die jüdischen Pflanzungsbesitzer den Wert der Kooperation bei einem organisierten Verkaufe und rationeller Bearbeitung verstehen. Aber, wie bereits bemerkt, werden auch bessere Preise die Lage des Kleinkolonisten nicht verbessert, wenn er nicht eine Anpassung vollzieht, die für seine Existenz nötig ist. Die erste Bedingung hiefür ist, daß der Kolonist seine Wirtschaft als den Platz seiner und seiner Familie Arbeit ansieht unter möglichster Vermeidung fremder Arbeit. Ferner muß daran festgehalten werden, daß eine kleine Farm, in die einige hundert Pfund investiert wurden, keinen so hohen Lebensstandard gewähren kann, wie unsere Mittelklasse vom Galuth her gewöhnt ist. Drittens muß sich der Kolonist bemühen, seine Wirtschaft zu einer gemischten Wirtschaft auszubauen, die Produkte für den Eigengebrauch selbst zu erzeugen und durch Intensivierung sämtlicher Zweige seiner Wirtshaft seine Einnahmen zu vergrößern.

Welche Wirtschaftsformen entsprechen nach Ihrer Meinung unserem Mittelstande?

Als Antwort auf die beiden ersten Fragen hatte ich auf die Licht- und Schattenseiten der Privatinitiative, die auf dem landwirtschaftlichen Gebiete in den letzten Jahren tätig war, hingewiesen. Objektiv genommen sind die Bemühungen in Erez Israel für eine breite mittelständische Kolonisation gegeben. Die klimatischen Bedingungen des Landes, die Eigenartigkeit des Bodens, Sonne und Wasservorkommen ermöglichen die Entwicklung verschiedener landwirtschaftlicher Kulturen als Grundlage einer intensiven Wirtschaft. Andererseits ist die Lage der jüdischen Mittelklasse derart, daß sie neue Positionen für ihre Ansiedlung in Erez Israel beziehen muß. Auch die tschechoslowakische jüdische Mittelklasse, deren Zustand im Vergleich zu dem unserer östlichen Brüder besser ist, sollte zur rechten Zeit die Gelegenheit ergreifen, neue Wirtschaftspositionen für ihre Jugend zu schaffen, vielleicht auch für sich. Die Frage der Einordnung der jüdischen Jugend wird mit der Zeit immer schwieriger und es wird ihr weniger leicht fallen, einen Platz im wirtschaftlichen Leben ihres Wohnlandes zu erobern. Man muß der Jugend ein neues Lebensziel geben. Wichtig ist jedoch, die richtige Form zu finden und Ansiedlungspläne nach verschiedenen Wirtschaftstypen auszuarbeiten, die den finanziellen Möglichkeiten jedes Kreises angepaßt sein sollen. Den reicheren Familien entspricht ein Wirtschaftstypus mit Privatboden von mindestens 25 Dunam, bewässerbar, unter Verwendung eines Investitionskapitals von 2000 Pfund und mehr, je nach Größe der Wirtschaft. Der zweite Typus ist gedacht für Familien, die eine Summe von 1000 bis 1500 Pfund investieren können und sich auf Nationalfondsboden von 15 bis 20 Dunam ansiedeln. Solche Wirtschaften können nur mit vorwiegend eigener Arbeit bestehen. Ein dritter Plan bezieht sich besonders auf die Vorbereitung von Siedlungen für die heranwachsende Jugend und soll nach einem Sparsystem geplant werden, nach welchem durch eine Anzahl von Jahren das nötige Kapital herbeigeschafft wird. Alle drei Wirtschaftstypen sind als „gemischt" geplant, d. h. daß neben einem Hauptpflanzungszweige (Orangen, Tafeltrauben, Fruchtbäume) auch genügender Raum für andere Zweige vorgesehen wird. Der Weg der Kolonisation ist schwer; die kolonisatorische Tätigkeit mit neuen, für die Siedler unbekannten Bedingungen kann nur Erfolg haben, wenn sie in weitem Maßstabe und auf planmäßige Weise erfolgt. Ihre Durchführung kann nur mit Hilfe von erfahrenen Institutionen erfolgen, die die Vorbereitung von Wirtschaften verstehen und den Siedlern bei ihrer Anpassung an die Arbeit und das Leben in der Landwirtschaft zur Seite stehen.

Welche Leistungen kann Yakhin auf dem Gebiet der Kolonisation und Arbeit nachweisen?

In der Zeit der Hausse und Spekulation, als die Privatinitiative stärker in Erscheinung trat- sowohl bei der Schaffung neuer Kolonien als auch bei der Anlage von Pflanzungen, wobei oft planlos vorgegangen wurde, hat die Gesellschaft Yaknin in Wahrung ihrer Grundprinzipien ihre Arbeiten fortgeführt und erfolgreich in allen Unternehmungen gewirkt, welche mit ihr verbunden sind. Yakhin hat mitgewirkt bei der Gründung von 6 Kolonien auf Privatboden und 9 Kolonien auf Nationalfondsboden organisierter Gruppen aus Amerika, Polen, Litauen, Südafrika, Italien, Deutschland und Erez Israel. In allen diesen Kolonien und Unternehmungen ist bis jetzt eine Summe von zirka 600.000 Pfund investiert worden. Bei der Durchführung ihrer Arbeiten war die Gesellschaft Yakhin darauf bedacht, die Pflanzungen in der besten und modernsten Weise anzulegen. Bei allen Plänen, die Yakhin ausarbeitete, wurde die Eventualität des Ausbaues der gemischten Wirtschaft im Auge behalten und die Zuteilung des Bodens, der Plan der Ansiedlung, die Einrichtung der Bewässerung, alles dies wurde so eingerichtet, um einen möglichst rationellen Wirtschaftstypus für den Mittelstand zu schaffen. Yakhin ist eine Arbeiterorganisation, deren Aufgabe es ist, die organisierte jüdische Arbeit in der Landwirtschaft zu sichern und zu unterstützen. 750 bis 800 Arbeiter, Mitglieder von 16 Kwuzot und Irgunim, sind in den Unternehmungen von Yakhin beschäftigt. Yakhin ist ihnen behilflich bei der Arbeitsbeschaffung in der Zeit, wenn diese Gruppen ihre eigene Wirtschaft ausbauen. Hiebei wirken zum Teile auch die Arbeitgeber mit, die ein Verständnis für die gemeinsamen Interessen besitzen und in den Arbeitern ihre späteren Nachbarn erblicken, mit denen zusammen die Siedlungen in gegenseitiger Hilfe und Arbeit errichtet werden sollen.

Was ist die nächste Aufgabe?

Die letzten Ereignisse in Erez Israel machen uns die Verstärkung der jüdischen Positionen im Lande, die Vergrößerung des Bodenbesitzes und die Beschleunigung des Aufbaus zur Aufgabe. Die großen Erfolge der letzten 15 Jahre zeigen trotz allen Störungen und Rückfällen, daß der Aufbau des Landes möglich und sicher ist, wenn breite Schichten des jüdischen Volkes auf die Not der Juden und die Probleme des Landes eine konstruktive Antwort geben. Der Aufbau ist eine Notwendigkeit sowohl für das Volksganze als auch für viele Juden, die neue und sichere Arbeitsplätze schaffen müssen. Wir wollen uns von den letzten Geschehnissen nicht abschrecken lassen und als Antwort auf die Unruhen sollen neue große Unternehmungen gegründet werden, an die sich breite Kreise des jüdischen Arbeiter- und Mittelstandes in organisierter Form anschließen sollen. Die harmonische Zusammenarbeit des jüdischen Arbeiters und des jüdischen Kapitals, verstärkter Bodenankauf und die Gründung neuer Siedlungen sind die beste Antwort für eine freie und ruhige Entwicklung unseres Nationalheims in Erez Israel.

TURNEN — SPORT

Makabi Hacair

Zum Abschluß des Führerlagers des čsl. Makabi Hacair, das im Rahmen des Weltführerlagers veranstaltet wurde, fand am 8. und 9. August d. J. in Kováčov bei Parkán a. d. Donau die diesjährige Weidah arcit (Bundesführertagung) des čsl. MH statt. Die meisten Gdudim waren durch ungefähr 130 Delegierte vertreten, weiters waren viele Gäste aus dem Auslande anwesend. An der Weidah nahm auch in Vertretung des Makabikreises der Obmann Ch. Arthur Herzog teil. Die Weidah, die im Zeichen des zehnjährigen Jubiläums des MH stand, beschäftigte sich mit Fragen der weiteren Arbeit. Am Vorabend tagte die Moeza haraschit (Bundesrat), die die letzten Vorarbeiten für die Weidah erledigte. Samstag früh wurde die Weidah durch ein Referat über die ideologische Entwicklung des MH im Laufe der 10 Jahre eröffnet. Nach der Wahl des Präsidiums, den verschiedenen Begrüßungen, wurde der Bericht der abtretenden Hanhala arcit (Bundesleitung) erstattet. Den ganzen Nachmittag tagten die vier Kommissionen: 1. Chaluziut und Hachschara; 2. Ideologie; 3. Erziehung und Organisation; 4. KKL, Finanzen, Ozar Hamakabi. Die Arbeit der Kommissionen, die eine sehr schwere und anstrengende war, zeigte wieder einmal den Ernst unserer Jugend, der voll der heutigen schweren Zeit entspricht. Sonntag wurden dann im Plenum die Vorschläge der Kommissionen durchbesprochen und die Resolutionen gefaßt. In die neue Hanhala arcit (Bundesleitung) wurden folgende Chawerim gewählt: J. Rosenberg, Z. Schwarz, M. Baumgarten u. M. Glasner. Zum Vorsitzenden der Moeza haraschit (Bundesrat) wurde Ch. A. Jellinek, zu seinem Stellvertreter Dr. P. Hirsch gewählt. Diese Weidah war der Abschluß der erfolgreichen Tätigkeit während der abgelaufenen 10 Jahre des Makabi Hacair in der ČSR. Zugleich war es der erste Schritt ins neue Jahrzehnt. Man sah die Reife und den eisernen Willen unserer Jugend zur Arbeit. Ein besonders schönes Geschenk zum zehnjährigen Bestand war die Nachricht, daß die erste Kvuza des Makabi Hacair aus Raanana sich bereits in Kfar Hamakabi befindet und auf Hitjaschwut gegangen ist. Dies ist auch ein deutliches Zeichen der Entwicklung. Man bekam so unwillkürlich das Bewußtsein, daß der Makabi Hacair heute die Jugend ist, die in schweren Zeiten für den Jischuw und für das ganze jüdische Volk sich ihrer Pflichten und Arbeiten voll bewußt ist. Nach den gelungenen 5 Sommerlagern war die Weidah ein wirklich erfolgreicher Schritt ins neue Jahrzehnt.

✦

Das Präsidium des čsl. Makabikreises gratuliert herzlichst Dr. Paul Hirsch und Frau in Brünn zu der Geburt ihres Töchterchens.

✦

Makabi Piešťany veranstaltet am Samstag, dem 15. August einen Blau-weißen Abend zu Gunsten des zu bauenden jüdischen Kulturhauses.

✦

Der ostmährische Makabigau veranstaltet am 23. August in Prostějov einen leichtathletischen Dreikampf für Knaben und Mädchen. Beginn halb 11 Uhr vormittags. Nähere Bedingungen sind an die Vereine abgegangen. — Die IV. ordentliche Generalversammlung des Gaues findet am 13. September l. J. im Heime des Makabi Hacair in Kroměříž statt.

✦

Die Tischtennis-Sektion des Ž. T. J. Makabi, Mor. Ostrava teilt mit, daß ihre Spielsaison am 1. 9. d. J. beginnt. Gespielt wird immer Montag, Mittwoch, Freitag und Sonntag in der Turnhalle des „Lidový dům". — Bekanntlich verfügt die Tischtennis-Sektion des Makabi über einige spielstarke Mitglieder, die bereits bei ihrem ersten Auftreten beim Makabi-Turnier in Český Těšin bei starker Konkurrenz den zweiten Preis errangen. — Anmeldungen und Informationen bei „ETRA", Mor. Ostrava, Bankovni ul.

✦

Vorturnerschule des čsl. Makabikreises in Vitkovice. In diesen Tagen findet in Vitkovice unter Teilnahme von 20 Makabivorturnern und 10 Vorturnerinnen die diesjährige Vorturnerschule des čsl. Makabi-Kreises statt. Das Programm dieser Schule, welche 14 Tage dauern wird, ist so eingeteilt, daß den Kursteilnehmern reichlich die Möglichkeit geboten wird, sich vielseitige Kenntnisse vom turntechnischen Gebiete anzueignen, und wird auch besonderer Wert auf die zionistische und ideologische Ausbildung der Teilnehmer gelegt. Die oberste turntechnische Leitung hat der bewährte Freund unseres Makabi Herr Prof. F. Trnka inne, welcher seine Aufgabe sehr sorgfältig erfüllt. Den ideologischen Teil leitet Chawer Beda Brüll, der Sekretär der Makabikreisleitung aus Prag. Auch einige Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses der Z. O. und der Exekutve der jüdischen Partei haben durch Vorträge zur Bereicherung des zionistischen Programmes beigetragen.

✦

Dank der Kreisleitung des čsl. Makabi. Die Kreisleitung spricht den Herren Dr. Josef Rufeisen, Ing. Ernst Fischer, Dr. Franz Kahn und Dr. H. B. Zádor für ihre liebenswürdige Mitarbeit bei der Ausgestaltung des ideologischen Programmes der Vorturnerschule in Vitkovice den herzlichsten Dank aus.

✦

Ein Radiovortrag über den Makabi. Mittwoch, den 5. August sprach Beda Brüll aus Prag im Ostrauer Sender über „Makabi — als Renaissancebewegung des jüdischen Volkes". In diesem Vortrage wurde die allgemeine erzieherische Bedeutung des Makabi für die Ertüchtigung der jüdischen Jugend und ihre nationale Erziehung betont. Der Vortragende sprach auch über die Aufgabe des Makabi in der vormilitärischen Erziehung und der čsl. Sportbewegung. Der Vortrag wurde in sämtlichen Makabivereinen und von zahlreichen Freunden unserer Bewegung mit Interesse verfolgt.

✦

Konferenz der mitteleuropäischen Makabikreise in Prag, wird in Tagen 7. und 8. September stattfinden. Diese Konferenz wurde aus Initiative des čsl. Makabi einberufen und ihre Aufgabe wird es sein, viele wichtige Organisationsfragen des Makabi zu lösen. Wir werden noch genaue Berichte über die Vorbereitung bringen.

Der erste tschechoslowakische Wolkenkratzer wird eben in Zlin gebaut. Es sollen darin alle administrativen Abteilungen der Baťa-Werke untergebracht werden. Der Wolkenkratzer wird zwar nur 15 Stockwerke haben, bei seiner Höhe von 65 Meter über dem Erdboden jedoch wird er das höchste Gebäude der Republik. Er wird nach dem Zliner Standard erbaut und seine Inneneinrichtung wird auf solche Weise geregelt, daß das ganze Haus für die in der Werksadministrative arbeitenden Leute zu einem Instrument wird; welches ihnen die Arbeit auf jede erdenkliche Art erleichtert. Vor allem soll ein eigenes Postsystem für den mechanischen Versand von Nachrichten eingerichtet werden, ferner eine Reihe von Spezial-Lifts (darunter geräumige Aufzüge, in denen fahrbare Arbeitsräume für die Direktion untergebracht werden), schließlich das System der sogenannten „künstlichen Temperatur", welches auf der Regulierung der Wärme und Feuchtigkeit der Luft beruht, usw.

Neues Hilfskomitee für aus Deutschland ausgewanderte Juden. Paris. Gleichzeitig mit den von der französischen Regierung getroffenen Vorbereitungsmaßnahmen zur Durchführung der von der Genfer Zwischenstaatlichen Regierungskonferenz für die Regelung der Rechtsverhältnisse aus Deutschland Ausgewanderter gefaßten Beschlüsse wurde jetzt in Paris ein neues Hilfskomitee für aus Deutschland ausgewanderte Juden geschaffen. An der Bildung des Komitees sind internationale Organisationen, in erster Reihe das American Jewish Joint Distribution Committee, hervorragend beteiligt. Das Komitee, dem auch Baron Robert de Rothschild, Grand Rabbin Weill und andere führende Persönlichkeiten angehören, hat die Aufgabe, die wirtschaftliche Eingliederung derjenigen aus Deutschland eingewanderten jüdischen Familien zu ermöglichen, denen dies bisher noch nicht gelungen ist.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Vermählung. Olga Liehtig, Prešov und Adolf Lefkovits, Trebišov, zeigen die am 23. August im Rest. Liehtmann, Košice stattfindende Trauung an.

Vermählung. JUDr. Ernst Steiner, Advokat, und Frau Gisa, geb. Weißkopf, Vermählte. Lobositz-Tachau-Eger, im August 1936.

In Teplitz-Schönau starb am 7. d. M. Herr Eduard Brada, den viele unserer Gesinnungsgenossen und Freunde wegen seiner ruhigen und ernsten Art, Menschlichkeit, Güte und Frömmigkeit schätzen und lieben lernten. Er wurde am 9. d. M. in Teplitz-Schönau in aller Stille zu Grabe getragen.

Briefe an die Redaktion

Gemeinnutz geht vor Eigennutz

Bei allen Völkern, die sich erhalten wollen, gilt dieser Satz als selbstverständliches Axiom. Nur bei uns Juden ist es umgekehrt. Die Judenschaft Prags ist inmitten eines Volkes, das ein Musterbeipiel gemeinschaftlichen Handelns ist, ein Musterbeispiel der Zersplitterung, des Eigennutzes, der Unisolidarität. Ich will es nur an einem Beispiel demonstrieren: an der jüdischen Volksschule. Sie ist selbstverständlich den tschechischen wie den deutschen Assimilanten ein Dorn im Auge. Die national-tschechischen Juden werden durch sie unangenehm daran erinnert, daß sie nicht durch Tschechischsprechen zu Tschechen geworden sind, und für die immer noch deutschtümelnden Juden gibt es nur eine kulturelle Institution, für die sie Herz und Geld haben: das deutsche Kasino. Und dabei gibt es unter diesen beiden Gruppen genug Leute, die mit voller ehrlicher Ueberzeugung von sich behaupten, daß sie trotzdem gute Juden seien. Aber vor allem sind sie Eigenbrötler, Individualisten, die sich ihre Anschauungen und Handlungen von niemandem vorschreiben lassen und für die eine jüdische Volksgemeinschaft auch heute noch immer nicht existiert. Nun aber die bewußten Juden und die Zionisten. Wie stehen die zur jüdischen Volksschule in Prag? Vielleicht wohlwollend neutral. Mehr nicht. Sonst müßte die Schule wahrhaftig nicht so hart um ihre Weiterexistenz kämpfen, wie sie es noch immer tun muß. Was jedem anderen Volke selbstverständliche Pflicht ist, bei uns Juden ist es eine Unmöglichkeit. Sie sagen nicht, daß es schwer ist, daß erst diese oder jene Schwierigkeit zu überwinden ist, daß diese oder jene wirkliche oder Scheingründe die Sache erschweren, sondern sie sagen apodiktisch: unmöglich! Weil der echte Gemeinsinn fehlt, weil bei uns Eigennutz vor Gemeinnutz geht, weil man sich nicht anstrengen will, haben alle hundert Ausflüchte, Gründe, Scheingründe, um sich der kulturellen Pflicht zu entziehen. Die jüdische Schule hat es nicht nötig, noch einmal vor der Judenschaft Böhmens ihre Existenzberechtigung nachzuweisen. Es genügt festzustellen, daß sämtliche Gymnasialkandidaten der 5. Klasse die Aufnahmsprüfung in den Gymnasien mit sehr gutem Erfolg absolviert haben, daß die jüdische Ferienkolonie besser und billiger ist wie sämtliche jüdische Privatpensionate und daß in der jüdischen Schule die Kinder bei aller Liebe zum tschechoslow. Staat und zur tschechischen Sprache wieder zu stolzen, aufrechten Juden erzogen werden. Die jüdische Volksschule wird weiter bestehen, auch wenn das Defizit derzeit fast 80.000 Kč beträgt, und die Lehrer opferwillig auf die Auszahlung ihrer Gehälter warten müssen. Die jüdische Volksschule wird weiter bestehen, weil opferfähige, opferwillige Männer und Frauen an der Spitze stehen, die eifrig neue Pläne beraten, die Schule auf eine sichere finanzielle Basis zu stellen. Es ist keine Kleinigkeit, bei mangelndem Gemeinsinn jährlich 180.000 Kč aufzubringen. Aber es wäre ein Leichtes, wenn alle ihre Pflicht täten und wenn auch bei uns Gemeinnutz vor Eigennutz ginge.

Fr. Steiner.

Safed

In letzter Zeit wurden mehrfach Gerüchte über Safed verbreitet, die die Wirklichkeit entstellen und eine Berichtigung erfordern. Erst durch Notizen in der Presse erfuhren wir von einer Lebensmittelnot in Safed. Lebensmittelnot? Wie jedes Jahr sind wir auch jetzt mit Lebensmitteln, Obst, Gemüse und Tnuwah-Produkten reichlich versehen und von einem Mangel kann keine Rede sein. An erster Stelle sind es unsere jüdischen Positionen im Galil, die unter diesen völlig unbegründeten Gerüchten gelitten haben und noch immer leiden. Auch hier hat man zeitweilig in der Umgebung Schüsse gehört, doch ist Safed dank der Vorsorge der zuständigen Stellen ein ruhiger und sicherer Ort. Es besteht also kein Grund, die diesjährigen Ferien nicht wie stets in Safed, dem einzigen Höhenkurort des Landes, zu verleben. Safeds Hoteliers haben die größten Anstrengungen gemacht, ihren Gästen durch Modernisierung und Verschönerung der bestehenden Häuser und Anlagen einen angenehmen Aufenthalt zu bieten. Die regelmäßige Autobusverbindung ab Haifa ist durch den „Express Hagalil" gewährleistet. Gerade in einer so schweren Zeit sollte jeder Jude die palästinensischen Erholungsorte bevorzugen und damit die heimische Bevölkerung unterstützen. So verlangt auch Safeds Hotelindustrie Berücksichtigung und Förderung im Sinne des „Tozereth Haarez."

Dr. Hugo Lehrs (Safed).

EINGESENDET

Herr Dr. Tomaschoff schreibt in der „Allgemeinen jüdischen Zeitung" vom 31. Juli über den Parteigeist, welcher im zionistischen Lager herrscht. Er führt als eines der treffendsten Beispiele an, daß die Leitung des Hebräischen Gymnasiums in Užhorod, zu welchem kürzlich der Grundstein gelegt wurde, sich beklage, sie werde seitens der zionistischen Instanzen und „wohl auch seitens unserer WIZO konsequent übergangen". Dr. Tomaschoff führt auch gleich die Gründe an, welche die WIZO zur Verweigerung jener Subvention veranlaßt haben: „Nun verweigert die WIZO diesem hebräischen Schulwerk die Subvention mit der Begründung, sie subventioniere die Tarbuth, das hebräische Schulwerk in Užhorod möge sich zu diesem Zweck an die Tarbuth wenden." Trotzdem sich Herr Dr. Tomaschoff vorsichtig hütet, die „wenigen Berichte über den Geist, der in den hebräischen Schulen in Užhorod herrscht, auf ihre Genauigkeit zu prüfen und lediglich das „offizielle religiös-nationale Programm" der Schule als bedeutend hervorhebt, genügt ihm die Behauptung des Užhoroder Gymnasiums, „die programmatisch areligiöse und ziemlich nach links orientierte Tarbuth lehne das Užhoroder Schulwerk aus dem Grunde ab, weil das letztere eine religiöse und dem Marxismus abgeneigte Richtung einschlägt". Diese Behauptung genügt ihm, so daß er ohne Erwähnung des offiziellen Programmes der Tarbuth-Organisation bereits den Schluß zieht, es komme auf die Begründung, mit welcher einem solchen Schulwerk wie dem Užhoroder die Subvention versagt werde, nicht an, aber es werfe die Ablehnung der Subvention ein schiefes Licht auf die herrschende Parteilichkeit.

Der WIZO, es sei ganz klar ausgesprochen, kommt es immer auf die Gründe an, die sie zur Ablehnung oder zur Zustimmung einer Subvention führen.

Die WIZO, die kein unerschöpflicher Born von Subventionen außerhalb ihres Programms für Palästina ist, unterstützt das offiizelle, hebräische Schulwerk in der Tschechoslowakei, dessen Repräsentant die Organisation „Tarbuth" ist, nach einem Beschluß der Weltkonferenz.

Wenn innerhalb der Kulturbestrebungen der Zionistischen Organisation die politischen Parteien sich nicht einigen können, kann und wird die WIZO keine andere Antwort geben als die, welche sie dem Užhoroder Gymnasium gegeben hat.

Hanna Steiner,
Vorsitzende der Čsl. Föderation der WIZO.

INLAND

Felix Warburg-Stipendium

Jerusalem. Aus einem Fond, den die Kinder des Herrn F. Warburg auf den Namen ihres Vaters errichtet haben, wird alljährlich ein Stipendium für eine Forschungsarbeit auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege zur Verfügung gestellt. Die Zinsen betragen in diesem Jahr L.P. 120.—. Das Stipendium ist für einen jungen Wissenschaftler bestimmt, der seine ganze Arbeitskraft dieser Wissenschaft widmet. Die Arbeit soll ein Problem der Volksgesundheit, das von besonderer Bedeutung für Palästina ist, behandeln und muß in der Abteilung für Hygiene und Bakteriologie der Hebräischen Universität fertiggestellt werden. Anmeldungen mit Lebenslauf, Referenzen und Angabe des zu bearbeitenden Themas usw., müssen bis zum 15. 9. 1936 an den Leiter der Abteilung für Hygiene und Bakteriologie der Hebräischen Universität eingereicht werden.

✤

Kinuss arzi des Bné Akiba in der Č. S. R. In den Tagen vom 30. Juli bis 2. August d. J. fand in der Sommer-Siedlung des Bné Akiba im Bad Sobrance ein Kinuss der Jugendorganisation der Thora w' Awoda-Bewegung statt. Es beteiligten sich an ihm 50 Delegierte und ca. 150 Gäste. Der Kinuss wurde von zahlreichen zion. Instanzen begrüßt, und zwar sowohl schriftlich als auch mündlich. U. a. begrüßten den Kinuss die Exekutive der Jewish Agency in Jerusalem, der Hapoel Hamisrachi in E. I. u. a. m. Die Referate erstreckten sich auf folgende Gebiete: Ideologie der national-religiösen Jugendbewegung, Hachscharah und Alijah, die Lage im Zionismus sowie sonstige Erziehungsprobleme. Es überraschte allgemein, mit welchem Ernst, Pflichtgefühl und Arbeitsfreude zur Lösung der verschiedenen aktuellen Fragen geschritten wurde. Es wurden eine Reihe wichtiger Beschlüsse in Bezug auf die zukünftige Arbeit gefaßt. Ebenso sind die Statuten des čsl. Bné Akiba festgesetzt worden. In die Hanhalah sind gewählt worden: Mosche Jurovics, Schlomo Chaimovits und Dow Weisz. Der Kinuss muß als bedeutsames Ereignis in der Entwicklung dieser vielversprechenden Bewegung gewertet werden.

✤

Ausstellungsmaterial. Der KKL benötigt für Wanderausstellungen Material, welches in vielen Orten unausgenützt und verstaubt herumliegt. Es handelt sich vor allem um zionistische, KKL- und allgemeinjüdische Broschüre und Drucksachen alten Datums, auch aus der Vorkriegszeit; Jahrgänge jüdischer und zionistischer Zeitungen, Revuen usw. Dieses Material wird vor allem bei alten Zionisten, bei früheren KKL-Kommissionären, Funktionären der jüdischen Gemeinden und Vereinen liegen. Wir bitten, uns dieses Material zur Verfügung zu stellen und an die Adresse: Keren Kajemeth Leisrael, Prag I., Dlouhá 41, einzusenden.

✤

Die Council-Sitzung der WIZO (Sitzung der höchsten Körperschaft, entsprechend dem A. C. der Zionistischen Organisation) findet vom 25. bis 28. August in Zürich statt.

✤

Der 28. Bundestag des Techeleth Lawan

Der diesjährige Bundestag des Techeleth Lawan fand am 25. und 26. Juli in Bohousova n. Orl. in Anwesenheit von 400 Bogrim und Zofim statt. Der Bundestag war der Abschluß des Zofimlagers (Mittler-Lagers) und Auftakt für das nächste Lager, das Hebräischlager. Der Eröffnungsneschef, der den Ernst der Zeit und die kritische Situation der Kulturmenschheit aufzeigen sollte, hatte einen feierlichen Rahmen. Lieder und Sprechchöre, die das Thema „Krieg" zum Inhalt hatten, leiteten den Abend ein, der durch eine Rede des Chawers der Hanhagah Jizchak Steiner zu seinem Höhepunkt geführt wurde. In einem Schwur, Kampf und Widerstand gegen alle Mächte der Reaktion gelobend, schloß der erlebnisreiche Abend, der Mahnung an die Menschen der jüdischen Jugendbewegung bedeutete, mit allen fortschrittlichen Kräften an der Kriegsverhütung zu arbeiten. Der nächste Tag gab ein umfangreiches Programm. Bei den Bogrim (Aelteren) hielt vormittag Chawer Arieh Ophir (Kinereth) ein großangelegtes Referat über die politische Lage in Erez Israel und über die jüdisch-arabischen Beziehungen. Am Nachmittag hielt der Chawer der Hanhagah, Meir Lederer, eine Rede, die die Situation der jüdischen Jugendbewegung im allgemeinen und die des Techeleth Lawan im besonderen beleuchtete. Es wurde die Situation des tschechoslowakischen Judentums analysiert und die Bedingungen gezeichnet, unter denen die Bewegung zu arbeiten hat. Während bisher das Hauptaugenmerk auf eine Erweiterung der Basis der Bewegung gelegt wurde, wurde es jetzt deutlich, daß eine Konsolidierung und Festigung der Gdudim, Hand in Hand mit einer durchgreifenden Erziehungsarbeit die organisatorische Hauptaufgabe der Bewegung darstellt. Bei der anschließenden Wahl der Hanhagah Raschith (Bundesleitung) wurden folgende Chawerim zu Mitgliedern gewählt: Robert Spitzer, Chanah Lustig, Gustav Trieger, Moscheh Süßer und Jizchak Steiner. Bei den Zofim, die tagsvorher ihre Weidah hatten, hielt Chawer Hans Reik (Troppau) am Bundestage einen Reisebericht über Erez Israel, dem eine ausführliche Aussprache folgte. Der Rest des Tages war Sport und Skautspielen gewidmet. Mit einem Abschiedsneschef, der vor allem dem Erlernen neuer palästinensischer Lieder gewidmet war, fand der Bundestag seinen erfolgreichen Ausklang. Das Bild, das sich dem Beschauer bot, der Lagerplatz, umrahmt von einem Kreis von 20 Zelten, vor jedem ein kleines Feuer und in der Mitte ein hochloderndes Lagerfeuer, wird jedem Teilnehmer ein unvergeßlicher Anblick bleiben.

W. O.

✤

Die jüdischen Pfadfinder „Techeleth Lawan" veranstalten im Adlergebirge ein Sommerlager für ihre Mitglieder. Es herrscht jetzt im Lager vollkommene Ruhe, denn ein Großteil der Chawerim ging in den Wald um Holz. Soeben kehren sie singend und strahlend vor Freude und Gesundheit zurück, alle herrlich von der Sonne gebräunt. Jetzt werden sie jausen. Jeder stellt sich in die Reihe mit dem Geschirr in der Hand. Nach Empfang des Essens setzen sie sich auf die Bank, das traditionelle „Dschimala" wird gesungen und darauf wird gespeist. Die kräftigen Jungen sind bald mit dem Essen fertig und man geht „od paam" um eine Zugabe. Am Abend wird das Lagerfeuer angezündet, die Burschen und Mädchen setzen sich um dasselbe und es werden hebräische Lieder gesungen. Der dunkle Wald, an dessen Rande wir sitzen, hört die neuen lebendigen, hebräischen Lieder und weithin erschallt unser Gesang. Um 11 Uhr herrscht im Lager bereits vollkommen Stille. Alle schlafen, nur ein Junge hält Wache. Das Lager zählt ungefähr 100 Jungen und Mädchen, aus Prag befinden sich fünfzehn. Es hat nicht nur den Zweck der Erholung, sondern es dient auch der zionistischen Erziehung der Jugend. Die Kulturarbeit wird von Zarchi, Wajsbord, Ružansky und Lederer geleitet. Es sind vier Gruppen vorhanden; in zwangslosen Gesprächen wird der Jugend hebräische Literatur, jüdische Geschichte und Geschichte des Zionismus beigebracht. Daß ein besonderes Augenmerk auf die hebräische Sprache gelegt wird, muß wohl nicht speziell hervorgehoben werden.

PRAG

Herr Dipl. Volkswirt Kurt Ruppin, managing Direktor der Haifa Bay Development Companie Ltd., Haifa befindet sich in der nächsten Woche einige Tage auf der Durchreise in Prag und steht Interessenten für den Kauf landwirtschaftlicher, vorstädtischer und industrieller Grundstücke in Erez Israel mit Informationen zur Verfügung. Herr Ruppin wird sich am Montag, dem 17. und Dienstag, dem 18. August von 10—12 Uhr in den Räumen des Keren Hajessod, Praha I., Dlouhá 41, aufhalten.

LUDWIG KOLLMANN

Ludwig Kollmann ist nicht mehr. Beinahe durch drei Jahrzehnte als Funktionär der Chewra Kadischa Gomle Chassodim wirkend, hat er das Gomel Chessed in doppeltem Sinne ausgeübt, sowohl an Lebenden als auch „schel Emes" an den Dahingeschiedenen. Wieviel Arme hat er im Stillen unterstützt, wie Vielen hat er tatkräftig geholfen, mit Geld, mit Rat und Tat. Er war ein wahrhaft jüdischer Mensch, er betätigte sich in der Synagoge, als Vorsteher der Klaus-Synagoge, er betätigte sich in den Kommissionen der hiesigen jüdischen Kultusgemeinde als eifriger Mitarbeiter. Zahlreiche Schüler aus seiner Lehrerlaufbahn suchten ihn noch in letzter Zeit auf und tauschten gerne Erinnerungen an die Schulzeit mit ihm aus. Sein vorbildliches Familienleben ist allgemein bekannt. Für die zionistische Idee hat er immer sein Bestes gegeben und weder Zeit und Mühe gescheut, um an dem großen Aufbauwerk mitzuarbeiten. Er wird ins Goldene Buch des Jüdischen Nationalfonds eingetragen. Seine Verdienste werden so ein bleibendes Gedenken finden.

Jüdische Singvereinigung. Prag. Die Mitglieder treffen sich während der Ferien jeden Donnerstag ab 8 Uhr abends im Café Aschermann. Die regelmäßigen Proben beginnen Donnerstag, dem 27. August präzise 8 Uhr abends im Klubzimmer des Merkurhauses, Prag V., Pařížská 9, Mezzanin. Das Konzert findet am 8. Dezember statt, daher pünktliches und regelmäßiges Erscheinen aller Mitglieder bei den Proben unbedingte Pflicht. Neuaufnahmen von ausübenden Mitgliedern vor den Proben. Am Konzerte teilnehmen können nur jene Mitglieder, die die Proben regelmäßig besuchen.

Klub jüdischer Kaufleute in Prag. Zusammenkunft der Mitglieder jeden Donnerstag, 8 Uhr abends im Café Urban.

TARBUTH

Die hebräische Sommerschule. Die feierliche Eröffnung der hebräischen Sommerschule der Tarbuthorganisation in Stubnianské Teplice hat bereits stattgefunden. 77 Schüler und Schülerinnen im Alter von 8 bis 60 Jahren aus allen Teilen der Republik werden in vier Kursen im schönen Gebäude der Lehrerbildungsanstalt von den Lehrern Dr. Ch. Kugel, Jakov Sakay und Towah Wantoch unterrichtet. Ein weihevoller Erev Schabat und ein Oneg Schabat waren bereits auf dem Programm und verschiedene Sichot wurden abgehalten. In der Freizeit genießen die Teilnehmer der Moschavah ihre Ferien teils am Strandbad, teils in Wäldern und Bergen. Ein gemeinsamer Ausflug in das benachbarte Lager des Haschomer Hacair und einer in die Münzwerkstätte in Kremnice wurden bereits unternommen, weitere werden vom eigens hiezu gewählten Komitee sorgfältig vorbereitet. Die Moschavah ist das Ziel vieler Besucher aus der Umgebung. Alle Teilnehmer sind in ausgezeichneter Stimmung.

GEMEINDEN

Brünn. (Ortsgruppe der Allgem. Zionisten. — Monatsversammlung.) Sonntag, den 16. August 1936 findet um 20½ Uhr im Café Esplanade ein Abend aus Anlaß des 60. Geburtstages OGR. Dr. S. Birnstein, statt. Eintritt frei, Gäste willkommen.

Franzensbad. Zionisten, jeden Mittwoch, 20 Uhr, Kurhaus. Bei schönem Wetter „Unter der Linde", bei Regen im Kaffeehaus.

Franzensbad. Wizo-Treffen Hotel Bellevue jeden Mittwoch, nachmittags von 4 bis 6 Uhr.

KOMOTAU

Tagung der Jüdischen Partei

Die Exekutive der Jüdischen Partei in der ČSR hat in der am 27. Juli 1936 in Mähr.-Ostrau stattgefundenen Sitzung beschlossen, den Zentralausschuß der Partei zu einer ordentlichen Tagung für den 22. und 23. August 1936 nach Stubnianské Teplice einzuberufen.

Programm der Tagung:

Samstag, den 22. August.

1. 16 Uhr: Begrüßung im Rahmen eines von der hebräischen Sommerschule in Stub. Teplice veranstalteten Oneg Schabbath.
2. 20.30 Uhr: Oeffentliche Versammlung, bei der die vom Jüdischen Weltkongreß in Genf zurückgekehrten Delegierten Abg. Dr. Angelo Goldstein und Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Matěj Weiner über das Thema „Nach dem Ersten Jüdischen Weltkongreß" sprechen werden.

Sonntag, den 23. August, Beginn 9 Uhr:

1. Generalbericht des Vorsitzenden der Partei Ingenieur Ernst Frischer.
2. Referat des Abg. Dr. Chaim Kugel über die politische Situation und Tätigkeit der Abgeordneten.
3. Referat des Landtagsabgeordneten Dr. Julius Reisz über die Tätigkeit im slowakischen Landtag.

Fortsetzung 14.30 Uhr:

4. a) Generalsekretär Dr. Leo Zelmanovits: Organisationsbericht; b) Landessekretär Eugen Winterstein: Tätigkeitsbericht über das Landessekretariat in Bratislava; c) Zentralausschußmitglied Direktor Siegmund Berger: Tätigkeitsbericht über das Landessekretariat in Mukačevo.
5. Generaldebatte und freie Anträge.
6. Abstimmung.

Die öffentliche Versammlung sowie die Beratungen finden im Kursalon statt.

Freie Anträge wollen schriftlich bis zum 19. August d. J. beim Generalsekretariat in Mähr.-Ostrau, Puchmajerova 1, eingebracht werden.

Laut Beschluß der Exekutive können an der Tagung außer den Mitgliedern des Zentralausschusses, bzw. deren Ersatzmänner je 3 von jeder Kreisleitung zu entsendende Delegierte mit beratender Stimme teilnehmen.

Bei den Beratungen vom Sonntag, den 23. August haben nur Mitglieder der Partei, die als Gäste zu dieser Sitzung herzlichst eingeladen sind, das Recht, als Zuhörer teilzunehmen.

Der Bericht des Generalsekretärs wird die namentliche Aufzählung aller Ortsgruppen mit Angabe des Mitgliedstandes beinhalten. Mit Rücksicht darauf bitten wir die Vertrauensmänner aller Ortsgruppen, noch jetzt vor der Tagung mit einer erhöhten Werbetätigkeit einzusetzen und uns bis spätestens 19. d. M. den endgiltigen Mitgliedstand bekanntzugeben und die Mitgliedsbeiträge abzuführen.

Die Exekutive hofft, daß mit Rücksicht auf die bedeutsame Tagesordnung die Teilnahme an der öffentlichen Versammlung und an den Parteiberatungen sehr zahlreich sein wird, umsomehr als Tagungsort und Zeit so gewählt wurden, daß sie ein angenehmes Ausflugsziel bieten und Gelegenheit geben, die hochinteressante Einrichtung der hebräischen Sommerschule kennenzulernen.

Wir empfehlen den naheliegenden slowakischen Orten, eine Autobusreise zu der Tagung zu arrangieren, so wie es die Ostrauer Ortsgruppe macht.

Wohnungsbestellungen sind an Herrn Alois Jellinek in Stubn. Teplice zu richten.

Die Jüdische Partei in der ČSR.

Vorsitzender:	Generalsekretär:
Ing. Ernst Frischer m. p.	Dr. Leo Zelmanovits m. p.

Karlsbad. Wizo-Frauen aller Länder treffen sich allwöchentlich — von Mai bis September — Mittwoch nachmittag im Café Freundschaftssaal.

Piešťany. Alle nach Piešťany zur Kur kommenden Gesinnungsgenossen und Wizodamen werden aufmerksam gemacht und gleichzeitig eingeladen, an den regelmäßigen Zusammenkünften der Zionistischen Ortsgruppe und der Wizo teilzunehmen. Die Zionistische Ortsgruppe hält ihre regelmäßigen Zusammenkünfte jeden Donnerstag um halb 9 Uhr abends im Restaurant Neumann ab. Die Damen der Wizo treffen sich jeden Dienstag, 5 Uhr nachmittags auf der Terrasse des Kursalons. Alle in- und ausländischen Gesinnungsgenossen und von diesen eingeführte Freunde sind herzlichst willkommen.

Geschäftsnachrichten

Die „Dreimänner" gehen nicht müßig. Sie haben viel zu tun. Sie sind ausdauernde Helfer beim Wäschewaschen. Sie haben aber kluge Köpfe und wissen gut, was die Frauen von ihnen erwarten. Sie sorgen dafür, daß Gesicht und Hände weiß werden und so viel auch die feine Wäsche. Gerade daran ist den Frauen so gelegen. Deshalb bringen sie den Hausfrauen weiße Kaliumseife **Kalion** mit ihrem angenehmen Duft, eine Seife, die von den Frauen längst gesucht wurde, Kalion, die weiße Seife in der blauen Packung. e.

Hamstern Sie „Sonne"! Sonne ist Kraft und Energie. Sie können gar nicht genügend davon in sich aufnehmen! Aber Vorsicht vor Sonnenbrand! Nivea erlaubt Ihnen, in Sonne zu schwelgen, wenn Sie sich vorher gut einreiben. e.

Die Einkäuferwerbung für die 17. Reichenberger Mustermesse,

welche vom 16. bis 23. August 1936 stattfindet, ist in vollem Gange. Im Auslande und auch zum größten Teil im Inland ist die umfangreiche Werbearbeit bereits durchgeführt. Zehntausende von Prospekten, Plakaten, Tischbestellkarten, Verschlußmarken, in den verschiedensten Sprachen, lenken die Aufmerksamkeit auf die Reichenberger Messe. Hunderte von Inseraten, redaktionelle Besprechungen, laden immer wieder zum Einkauf auf die Reichenberger Messe ein. Auf den Bahnhöfen, in den Eisenbahnwaggons, in den Straßen, wird auf die mannigfache Warenschau und auf die vorteilhaften Kaufgelegenheiten, die sich auf der Reichenberger Messe bieten, hingewiesen. Der Messebesuch wird sich besonders in diesem Jahre für alle Kreise lohnen. Besuchen auch Sie die Reichenberger Messe und besorgen Sie hier Ihre Einkäufe.

Die Große Elektro-Sonderschau auf der Reichenberger Messe, 16. bis 23. August 1936 (Sonntag bis inkl. Sonntag). Die Elektrosonderschau 1936 ist der erste Versuch, die gleichstrebenden Interessen der Elektrowirtschaft auf der Reichenberger Messe zusammenzufassen und in einer eigenen Halle zum Ausdruck zu bringen. In gemeinsamer Arbeit des Deutschen Verbandes der Elektrizitätswerke, des E. S. Č., des Verbandes der Genossenschaften konzessionierter Elektro-

Installateure und namhafter Firmen der Elektroindustrie, wurde in der Messehalle 8, neue Messehalle, die Sonderschau geschaffen, um dem Besucher über den derzeitigen Stand der wichtigsten und ihn besonders interessierenden Fragen der Elektrowirtschaft Auskunft zu geben.

✣

33 Prozent Fahrpreisermäßigung zur Prager Herbstmesse. Den Besuchern der diesjährigen Prager Herbstmesse steht auf Grund der Messelegitimation wieder eine 33prozentige Fahrpreisermäßigung auf allen Strecken der tschechoslowakischen Staatsbahnen zu. Die Ermäßigung gilt sowohl für Personen-, als auch für Schnellzüge beliebiger Wagenklasse. Zuerkannt wird sie in folgenden Tagen: Für die Reise nach Prag in der Zeit vom 31. August bis 13. September einschließlich für die Rückreise vom 4. bis 17. September.

Große Post-Ausstellung auf der Prager Herbstmesse. Der Prager Messe ist es gelungen, das Programm ihrer nächsten Veranstaltung (6. bis 13. September) um eine äußerst interessante Sonderausstellung zu bereichern, deren Veranstaltung in den Händen der tschechoslowakischen Post liegt. Die zur Zeit in Prerau eingerichtete Post-Ausstellung wird vollständig nach Prag übertragen und im Industriepalaste am Alten Ausstellungsgelände neu eingerichtet werden. Die Ausstellung schließt sämtliche Gebiete der Post ein und bietet deshalb einen klaren Einblick in das Wesen einer der wichtigsten öffentlichen Wirtschaftsunternehmen. Sie wird ohne Zweifel nicht nur in Wirtschaftskreisen, sondern auch in der breiten Oeffentlichkeit auf größtes Interesse stoßen.

Mein innigstgeliebter Mann, unser teuerer Vater, Großvater und Bruder, Herr

Eduard Brada,

ist Freitag nachts, am 7. August 1936, im 75. Lebensjahre entschlafen.
Wir bestatteten unseren teueren Toten am Friedhof in Teplitz-Schönau.
TEPLITZ, am 9. August 1936.

Georg Brada, Freiwaldau, Malwine Kerpen, Wien, Max Brada, Wien, Geschwister.
Ernst Brada, im Namen sämtlicher Enkel und Enkelinnen.
Wilhelmine Brada, geb. Perner, Gattin.
Mizzi und Leo Werfel, Teplitz, Ing. Karl und Fini Brada, Prag, Franz und Elsbeth Brada, Teplitz, Kinder.

Im Sinne des Verstorbenen wolle man des jüdischen Nationalfondes gedenken.

Bäder und Sommerfrischen in der ČSR.

Die Gefahren zu kurzer Marienbader Kuren. Jede Behandlung von Krankheiten mit den natürlichen Kurmitteln der Heilbäder (Bade-, Trink-, Einatmungskuren und dgl.) stellen einen bedeutsamen Eingriff in den Ablauf der natürlichen Körperfunktionen im leidenden Organismus dar. Nur die sachgemäße und dem augenblicklichen Krankheitszustand angepaßte Ueberwachung der Kur, durch einen mit den Spezialmitteln des Ortes vertrauten Badearzt, gewährt die Aussicht auf einen möglichst günstigen und anhaltenden Kurerfolg. Besonderer Wert ist von Kurbeginn an auf eine genügende Ausdehnung des beabsichtigten Kuraufenthaltes am Badeort zu legen. Erfahrungsgemäß folgt dem Reizzustand zu Beginn der Kur alsbald eine scheinbare Besserung, aber erst nach Ueberwindung eines zweiten Reizstadiums, das gewöhnlich in die dritte Kurwoche fällt, setzt die erwünschte Vollwirkung ein, ohne die an einen Dauererfolg nicht zu denken ist. Es muß daher mit allem Nachdruck und allem Ernst davor gewarnt werden, die Kur vor Erreichung dieses Zeitpunktes, also vor vier vollen Kurwochen abzubrechen. Nicht eine bestimmte Anzahl von Bädern, die oft in einem viel zu kurzem Zeitraum zusammengedrängt werden, ist entscheidend, für den Erfolg, sondern allein die sachgemäße, streng individualisierte ärztliche Einteilung der Kurmittel auf die verfügbare Zeit. Bei zweckmäßiger Einteilung der vorhandenen, wenn auch bisweilen bescheidenen Geldmittel läßt sich, wie die Erfahrungen immer wieder beweisen, diese Kurzeit un schwer durchhalten. Eine Verkürzung der Kur zugunsten einer ausgedehnten Nachkur oder einer anschließenden Vergnügungsreise ist unter allen Umständen bedenklich. Scheinbare Ersparnisse bei vorzeitigem Abbruch der Kur rächen sich in der Regel durch mangelhaften Dauererfolg und durch die Notwendigkeit weiterer kostspieliger Maßnahmen.

✣

Ein indischer Sultan in Piešťany. Die Slowakei wird einige Wochen hindurch einen der reichsten und angesehensten Fürsten Indiens zu Gaste haben. Sir Ibrahim, der Sultan von Johore und die Sultanin in Begleitung ihres Hofstaates werden zu längerem Aufenthalte in Piešťany eintreffen. Bereits gestern sind Capt. Abdullah und Sekr. Myra Abdullah gleichsam als Quartiermacher des Sultans in Piešťany eingelangt. Hier weilt schon seit längerer Zeit der britische Brigade-General Sir Wilson, der als Generalinspektor der Kolonien längere Zeit in den Staaten des englischen Straits Settlemets in Hinterindien weilte und zu den engeren Freunden des Sultans von Johore gehört. Sultan Ibrahim ist einer der reichsten Fürsten Indiens, in London hat man ihm den Beinamen „der Perlenfürst“ gegeben. In seiner Hauptstadt Linggah hat der Sultan Paläste und Gärten von geradezu fantastischer Pracht errichten lassen. Trotzdem England vom Sultan von Johore im Jahre 1824 Singapore käuflich erworben hat, ist dieser malaische Staat noch immer sehr reich geblieben und wies im vorigen Jahre einen Budgetüberschuß von 7.5 Millionen Pfund Sterling auf.

Herausgeber: Ein Konsortium. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Josef Wechsberg. — Druck von Heinr. Mercy Sohn, Prag.
Die Benützung der Zeitungsmarken wurde von der Post- und Telegraphendirektion in Prag unter Nr. 135.080/VII—1926 bewilligt.